Bianca Richter

Rechter Alltag – Ein Bericht über die »deutschen Zustände« in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel







Inhalt

Vorwort

Anetta Kahane

Anetta Kahane ist Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung.

In der Reihe »Analysen« beschäftigt sich die Amadeu Antonio Stiftung mit der wissenschaftlichen Sicht auf die Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und anderen die Demokratie gefährdenden Tendenzen. Dieses Heft ermöglicht uns einen tiefen Einblick in die Normalität einer rechtsextrem eingefärbten Provinz in Ostdeutschland. Die Autorin Bianca Richter stammt aus jenem Dorf, das Gegenstand der Analyse ist. Sie ist eine junge Wissenschaftlerin, die einen der »deutschen Zustände« am Beispiel ihres Dorfes zeigen will. Und doch geht ihre Rolle weit darüber hinaus.

Es gibt bereits die verschiedensten Schilderungen der Atmosphäre in Ortschaften, die durch besonders brutale Überfälle von Rechtsextremen bekannt wurden oder wegen außergewöhnlich hoher Wahlergebnisse zugunsten der NPD. Die vorliegende Studie jedoch ist anders. Wie unter einem Mikroskop betrachtet die Autorin die Faktoren, die in Reinhardtsdorf-Schöna dazu geführt haben, dass sich hier ein Klima etablieren konnte, in dem der Rechtsextremismus so gut gedeiht. Der Ort wurde bekannt, weil die NPD hier prozentual die meisten Stimmen in Deutschland bekam. Unter dem aufmerksamen Blick der Psychologin entsteht ein klares und gleichzeitig komplexes Bild der Verhältnisse, werden Daten, Fakten und Zusammenhänge sichtbar und mit persönlichen Erlebnissen illustriert.

Das Instrument, mit dem sie die Fakten unter die Lupe nimmt, sortiert und analysiert, ist angelehnt an Verfahren und Methoden der Langzeitstudie zur »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« des Forschungsverbundes um den Bielefelder Professor Wilhelm Heitmeyer. Das Besondere an diesem nüchternen und nahen Blick sind die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Faktoren, die hier deutlich wie selten werden. Begriffe wie Mangel an Partizipationsmöglichkeiten, Demokratieferne oder Schweigespirale bekommen ein konkretes Gesicht. Wer warum wann wie handelt in einer kleinen Kommune wie dieser wird ganz genau geschildert und jedem Leser leuchtet sofort ein, wie und warum dies auf das Klima der kleinstädtischen Gemeinde wirkt. Politik in der Kommune beeinflusst die Haltung der Menschen – das wird ganz klar. Aber auch das Handeln der Bürger beeinflusst die Politik. Oder auch das Nichthandeln, das die Politik unkommentiert gewähren lässt. Wie genau die einzelnen Elemente des Gemeinwesens zusammenspielen, um am Ende aus einem idyllischen Ort eine Hochburg der NPD werden zu lassen, können Sie Schritt für Schritt nachvollziehen.

Um ganz zu verstehen, was sich in Reinhardtsdorf-Schöna abspielt, müssen wir jedoch die Lupe umdrehen und sowohl historisch als auch lokal auf Distanz gehen. Das Bild wird in seiner gesamten Relevanz erst klar, wenn man die dazugehörige Geschichte mit bedenkt. Der Text, den wir in dieser Broschüre vor uns haben, lässt sich erst dann vollständig lesen, wenn man versteht, auf welchem Betriebssystem er läuft. Reinhardtsdorf-Schöna liegt in Sachsen, Sachsen lag ehemals in der DDR und die war von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende ein Teil Deutschlands. Deutschland aber ist das Land, in dem Totalität gezeigt hat, wozu sie imstande ist. Die Mehrheit der Deutschen hat die Nationalsozialisten gewählt und sie dann unterstützt. Die Mehrheit der Deutschen hat sich ahnungslos oder ahnungsvoll abgewandt, als Millionen von Menschen in Lager gesteckt und dort wie Vieh benutzt, verbraucht und schließlich abgeschlachtet wurden. Als der Krieg von Deutschland ausgehend wieder nach Deutschland zurückkam, hat sich dann die Mehrheit der Deutschen als Opfer gefühlt.

Das Ganze ist aus der Perspektive historischer Entfernung noch nicht sehr lange her. Und nach den Maßstäben dessen, was geschichtlich gesehen als Verbrechen katastrophalen Ausmaßes zu gelten hat, ist der Holocaust eine traumatische Wunde der Neuzeit. Tritt man also zurück vom Lupenblick auf Reinhardtsdorf-Schöna und lässt sich gesellschaftspolitisch

auf den zeitlichen und geographischen Kontext ein, dann gewinnen die Verhältnisse und Ereignisse, das Handeln der Personen und ihre Abwehr eine Dimension, die sich sonst nicht ohne weiteres erschließt.

Natürlich spielt Geschichte auch im Alltag eine Rolle. In Meinungen, Wertungen und den Bildern, die Menschen sich vom Menschen und dem Lauf der Dinge machen, spiegeln sich jene Haltungen wider, die über die Generationen hinweg als »normal« betrachtet werden. Sie prägen den Erziehungsstil den Kindern gegenüber, sie sortieren Familiengeschichten und bestimmen die Kultur des Umgangs miteinander. Besonders vehement geschieht das alles, je mehr die Geschichte verleugnet, verdrängt oder uminterpretiert wird. Wie von selbst scheinen sich in diesem Fall Muster und Werte zu reproduzieren, gerade weil sie niemals Gegenstand der Diskussion waren.

Dass gerade Abgewehrtes und Verdrängtes sich immer wieder Bahn bricht und dass der Osten Deutschlands hier viel nachzuholen hat, um den autoritären und durch Nationalsozialismus und DDR geprägten Charakter der Kultur des Alltags zu überwinden, sollte eine Binsenweisheit sein. Doch das Offensichtliche zu ignorieren oder zu übersehen ist Teil des Problems. Weder Traditionen im Menschenbild noch so genannte Weltanschauungen lösen sich einfach per Beschluss auf. Verbrechen und Schuld während des Nationalsozialismus haben ihre Spuren hinterlassen, bis tief in das Leben der DDR hinein. Und danach taten sie es auch weiter bis zum heutigen Tag, an dem wir über Rechtsextremismus und die Präsens der NPD reden müssen. Fast könnte man den Eindruck haben, dass die Spuren der Vergangenheit mit der Zeit nicht flacher werden, sondern tiefer, und mit jeder verpassten Chance, sich der Geschichte zu stellen, eine neue Furche gezogen wird.

Wir haben es also mit mehr zu tun als lediglich mit einer Ansammlung von Vorurteilen. Reinhardtsdorf-Schöna liegt in einem Land, dessen Geschichte die Menschen geprägt hat und in der Abwertung, Abwehr von Verantwortung, Wegsschauen und Verdrängen eine leidvolle Tradition haben. Diese Tradition war einst so aggressiv, dass sie Millionen Menschen das Leben gekostet hat und sie ist es heute noch, weil davon die meisten nichts mehr wissen wollen. Angesichts dieses Erbes wundert es eigentlich nicht so sehr, dass es heute trotz Demokratie wieder Nazis gibt und Opfer rechtsextremer Gewalt und dass Verantwortliche in der Kommune sich davon gleichgültig abwenden. Dass dies jetzt in der Demokratie deutlich wird, in der DDR jedoch unsichtbar blieb, lag am autoritären Charakter der DDR. Dort war es möglich, etwas vollkommen zu tabuisieren. In der Demokratie ist es dagegen möglich, dass jemand sich öffentlich äußert. Daraus können sich Debatten und Diskussionen ergeben und Schritt für Schritt eine neue Erfahrung.

Die Erfahrungen von Bianca Richter sind in diesem Heft dargestellt. Ihre wissenschaftliche Analyse beschreibt. Doch sie tut weit mehr als das. Was einen Ort vom anderen unterscheidet, obwohl sie die gleiche Geschichte teilen, sind die handelnden Personen, die sich entscheiden können, ob sie sich oder ob sie sich nicht für die demokratische Kultur und damit für die Gleichwertigkeit aller einsetzen wollen. Das Konkrete, das Handeln gegen Rechtsextremismus und alle Formen von Menschenfeindlichkeit braucht die Kenntnis und die Auseinandersetzung mit dem Historischen. So kann Konfliktbewusstsein entstehen, das Voraussetzung ist für Veränderung hin zu einem wirklich demokratischen Gemeinwesen. Mehr als die Frage von Strukturen in der Region, der Wirtschaftsdaten und Arbeitslosenzahlen können öffentliche Diskurse und gute Beratung einen Ort beflügeln. Dazu braucht es Menschen, die analysieren, sich auseinandersetzen und Vorschläge machen. So wie die Autorin dieser Studie.

Wegsehen, dulden, normalisieren

Andreas Zick

Dr. Andreas Zick vertritt derzeit eine Professur für Sozialpsychologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Es sei leichter, ein Atom zu zertrümmern als ein Vorurteil, meinte Albert Einstein. Umso schwieriger wird das scheinbar Unmögliche dann, wenn das Vorurteil sich ständig in einer Gemeinschaft reproduziert, sich tief in den bewussten und unbewussten Mentalitäten festsetzt und im äußersten Falle als bindende soziale Kraft etabliert. Dann werden leicht jene, die es aufgrund ihrer menschenfreundlichen demokratischen Überzeugung zu zertrümmern suchen, zu Außenseitern. Sie werden betrachtet als Netzbeschmutzer und spaltende Kraft, ohne dass gesehen wird, wer hier was zertrümmert.
Jedes Vorurteil markiert Menschenfeindlichkeit, indem es die Ungleichwertigkeit zwischen Menschen verfestigt, und jeder Extremismus basiert auf einer Menschenfeindlichkeit, die versucht, Identität aus Überlegenheit zu gewinnen und Dominanz mit Vorurteilen zu rechtfertigen. Der vorliegende Bericht von Bianca Richter zeigt mit dem Blick auf einen lokal begrenzten Raum die ganze Dynamik des Vorurteils, die Mechanismen seiner Rechtfertigung und die mehr oder weniger erfolgreichen Versuche des Rechtsextremismus, Dominanz zu gewinnen. Es wird Bericht erstattet und es werden Erfahrungen zur Diskussion gestellt. Die Menschenfeindlichkeit ist dabei in eine Geschichte eingebettet, also in eine historische Entwicklung, in Diskurse, Debatten, gegenseitige Wahrnehmungen und Verhaltensweisen, in denen sie zum zentralen Element wird.

Berichtet wird die Geschichte einer Gemeinde. Sie lässt sich am besten als eine Geschichte des Wegsehens, der Duldung und der Normalisierung eines menschenfeindlichen Extremismus beschreiben. Eine Geschichte also, in der sich das Vorurteil einnistet und seine ganze Kraft entfalten und ohne Gegenwehr sogar zur bindenden Kraft werden kann. Die Geschichte spielt in der Sächsischen Schweiz, der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel. Berichtet wird über die Aktivitäten rechtsextremer Personen und Gruppen und den Versuch einer Bürgerinitiative, der die Autorin angehört, diesen Aktivitäten zu begegnen. Berichtet wird aber auch über eine schweigende, ambivalente, verängstigte und überforderte Gemeinde.

Die Gemeinde ist mit den Wahlerfolgen der NPD im Jahr 2004 bundesweit bekannt geworden. Sie war in der Presse, ähnlich wie andere Gemeinden. Sie ist geprägt durch eine Geschichte zunehmend rechtsextremer Dominanz über den Alltag. Hier haben sich rechtsextreme Gruppen verortet und Raum gewonnen, wie Toralf Staud in seinem Buch »Moderne Nazis: Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD« berichtet hat[1]. In Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel verdichtet sich in extremer Weise, was in vielen anderen Städten, Gemeinden oder sogar in der bundesrepublikanischen Kultur zu beobachten ist[2].

Seit dem Jahr 2002 beobachtet das Projekt »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« Vorurteile und Diskriminierungsintentionen gegenüber einer Reihe von Gruppen. Das Projekt wird von Wilhelm Heitmeyer geleitet, Direktor des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Gefördert wird das Projekt von der Volkswagen-Stiftung, der Freudenberg-Stiftung und der Möllgaard-Stiftung. Wesentliche Ergebnisse sind in der Reihe »Deutsche Zustände«, herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer, in der edition suhrkamp publiziert. Wesentlich ist dabei die mittlerweile gut belegte Annahme, dass sich unterschiedliche Vorurteile als Elemente eines Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verbinden. Im Jahr 2006 hat das Projekt eine Expertise für das Land Sachsen vorgelegt, die von der Presse schnell aufgenommen und verbreitet wurde, weil die Daten ein Problem signalisierten[3]. In fast allen Elementen des Syndroms stimmen sächsische Befragte vorurteilslastigen Aussagen eher zu als Befragte der meisten anderen Bundesländer[4] Insbesondere sind ihre Feindseligkeiten gegenüber Muslimen – die es in der Region so gut wie nicht gibt –, die Feindseligkeiten gegenüber Men-

schen mit homosexueller Orientierung und die Abwertung Obdachloser und Behinderter höher. Weitere Analysen des Projektes zeigen darüber hinaus, dass insbesondere Menschen gefährdet sind in Regionen, die ökonomisch nach objektiven oder subjektiven Kriterien abwärts driften, wenig Erfahrung mit interkulturellen Kontakten bieten und ein hohes Ausmaß konformer vorurteilslastiger Meinungen aufweisen, weil bildungsstarke Gruppen abwandern[5]. Dabei ist das Vorurteil kein Randphänomen mehr, sondern scheint sich immer stärker in Gruppen zu verorten, die sich selbst als Mitte verstehen[6].In diese Mitte drängen rechtsextrem orientierte Personen und Gruppen, auch das zeigt der vorliegende Bericht, und er zeigt, wie das funktionieren kann.

Eine überaus wichtige Frage, die sich stellt, ist meines Erachtens, wie sich die Vorurteile mit all ihren Facetten, Funktionen, Ursachen und Folgen Platz verschaffen, etablieren und wie so ein menschenfeindliches Klima reproduziert wird. Am Beispiel einer lokalen Untersuchung, wie sie hier vorgenommen wird, lässt sich diese Frage sehr gut analysieren und beantworten. Die Autorin des vorliegenden Berichtes hat dabei einen interessanten Ansatz gewählt, um Bericht zu erstatten und die Geschichte zu verstehen. Für den Blick auf die eigene Gemeinde hat sie ein Modell der Reproduktion des feindseligen Klimas zugrunde gelegt[7]. Berichtet wird, wie aus der Dynamik zwischen den Gruppen der Gemeinde, wie z.B. politischen Eliten, den Medien, der Öffentlichkeit, Eltern, Jugendlichen und organisierten Gruppen, die Feindseligkeit gegenüber Menschen etabliert und ständig reproduziert wird.

Dabei erinnert der Bericht auch an klassische Befunde der Gruppendynamik. Es werden Prozesse der Konformität und des Gehorsams, des sozialen Einflusses, der Abgrenzung von Außenseitern, der Ausgrenzung von schwarzen Schafen, der mangelnden Hilfe und Zivilcourage, der Aggression und sozialen Kontrolle deutlich. Sie helfen zu verstehen, wie sich die Duldung, das Schweigen und die Normalisierung in einer Gemeinde ausbreiten.

Der Bericht stigmatisiert nicht. Er hilft aus der Perspektive einer Autorin, die sich eine menschenfreundliche Gemeinde wünscht, den Blick auf spezifische Mechanismen zu schärfen, die das Vorurteil ständig befördern und erhalten. Werden sie verstanden, ist man eher vor Vorurteilen gefeit und kann bessere Präventions- und Interventionsmaßnahmen entwickeln, die nicht mehr darauf angewiesen sind, an einem Rädchen zu drehen, auf das die Mechanik der Menschenfeindlichkeit leicht verzichten kann.

Rechter Alltag

Ein Bericht über die »deutschen Zustände« in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel

Bianca Richter

Bianca Richter ist Psychologin und Mitbegründerin der Bürgerinitiative »Demokratie anstiften« Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel.

»Links der Elbe, rechts« titelte die Süddeutsche Zeitung am 24. September 2004 über Reinhardtsdorf-Schöna, eine kleine Gemeinde in der Sächsischen Schweiz, und zeichnete so ein Bild eines Ortes, in dem die Wähler der NPD zum sächsischen Rekordergebnis von 25,2 Prozent verhalfen. Es ist ein Bild, das deutlich macht, dass die NPD in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.
Die Sächsische Schweiz ist dabei schon länger Schwerpunktregion in Bezug auf rechtsextremistische Bestrebungen im Freistaat Sachsen. Die NPD hat hier einen ihrer stärksten und aktivsten Kreisverbände. Obwohl z.B. die Opferberatungsstelle Dresden der RAA Sachsen e.V. im Jahr 2005 von Jahresbeginn bis zum 31. Juli insgesamt 32 Übergriffe mit rechtsextremem Hintergrund im Landkreis vermeldete, arbeitet die NPD längst nicht mehr nur mit Gewalt. Sie setzt professionell auf die Ängste vor Abwanderung und Perspektivlosigkeit. Im Ort Reinhardtsdorf-Schöna gab es lange vor der Wahl Aktivitäten der rechtsextremen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) und deren Sympathisanten. Gefördert durch das Fehlen von Alternativstrukturen und einer allgemeinen Akzeptanz für rechtsextreme Gesinnungen entwickelte sich ein Klima, das auf Außenstehende alarmierend wirkte und von dieser Seite aus Gegenstimmen laut werden ließ. Aber warum gerade Reinhardtsdorf-Schöna? Es ist doch nicht so, dass es engagierte NPD-Mitglieder nur in dieser Gemeinde gibt.

Im vorliegenden Bericht wird im Sinne einer Einzelfallstudie auf der Grundlage des Reproduktionsmodells nach Heitmeyer (2007)[8] die Selbststabilisierung von feindseligem Klima in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel dargestellt. Anhand des Beispiels werden die sechs relevanten Strukturelemente des Modells erläutert. Akteure und deren Handlungsweisen werden aufgezeigt und im Anschluss werden bisherige Interventionsmaßnahmen vorgestellt. Ziel der Beschreibung ist eine komplexe Betrachtung der Bedingungen, die zur Reproduktion und Stabilisierung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit führen. Der Bericht wurde im April 2007 verfasst.

Die Orte und das rechtsextreme Potenzial

Ortsgliederung der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel

Die linkselbisch gelegene Gemeinde besteht aus den drei Ortsteilen Reinhardtsdorf, Schöna und Kleingießhübel.
Die Gemeinde liegt im Bundesland Sachsen, Regierungsbezirk Dresden, Landkreis Sächsische Schweiz. Sie umfasst eine Fläche von 31,75 km² und zählt 1637 Einwohner (Stand 30.September 2005) bei einer Bevölkerungsdichte von 52 Einwohnern pro km². Die Verteilung der Einwohner auf die drei Ortsteile ist in Tabelle 1 dargestellt. Die Gemeinde ist staatlich anerkannter Erholungsort und befindet sich in einer Verwaltungsgemeinschaft mit dem nahe gelegenem Kurort Bad Schandau. Der Bürgermeister arbeitet ehrenamtlich und die Ausländerquote der Gemeinde beträgt null Prozent.

Tab.1: Verteilung der Einwohner auf die Ortsteile (Stand 30. September 2005)

Ortsteile	Einwohnerzahl
Reinhardtsdorf	935
Schöna	500
Kleingießhübel	202
Gesamt	1637

Der größte Ortsteil ist Reinhardtsdorf mit ehemals vorwiegend landwirtschaftlicher Prägung. Es entstand um das Jahr 1200 als typisches Hufendorf mit 20 Familien und erhielt seinen Namen durch Reinhard, den Anführer des Trupps. In Reinhardtsdorf bestanden insgesamt fünf Mühlen, um die Kraft des Wassers auszunutzen. Durch die industrielle Entwicklung wurden diese aber unnutzbar. Während der Zeit des Nationalsozialismus gab es anfangs eher KPD- und SPD-Anhänger im Ort, die auch bis zu ihrer Verhaftung oder Ermordung als Widerstandskämpfer aktiv waren. Allerdings erfolgte – wie u. a. die Ortschronik zeigt – ein Wechsel zur Judenfeindlichkeit und zu nationalsozialistischen Ansichten. In der Gemeinde siedelten sich nach dem Krieg viele Vertriebene an. Während der DDR-Zeit war die Gemeinde ein von agrarischer Produktion und Sandsteinbrüchen geprägter Ort mit zwei Schmieden (für landwirtschaftliche Geräte und Steinbrüche/Steinmetze), die bis heute die größten örtlichen Arbeitgeber sind. Damals gab es beinahe Vollbeschäftigung. Viele Industriearbeitsplätze in der Umgebung boten auch Frauen und vor allem gering qualifizierten Menschen Arbeit, was den Anspruch auf Erwerbsarbeit im Vergleich zu Westdeutschland erhöht haben dürfte. Die Nutzung als Erholungs- und Urlaubsort begann mit der Jahrhundertwende 1900. Heute liegt der wirtschaftliche Schwerpunkt der drei Ortsteile auf dem Fremdenverkehr.
An Reinhardtsdorf auf der einen Seite und an die Tschechische Republik auf der anderen Seite grenzt der zweitgrößte Ortsteil Schöna. Er liegt 280 m südlich der Elbe und besitzt eine Fährverbindung nach Hrensko (Herrnskretschen) in Tschechien, die von vielen Touristen genutzt wird, um im Nachbarland billig einzukaufen oder wandern zu gehen. Am Ortsrand erheben sich der Zirkelstein (384 m) und die Kaiserkrone (351 m) und prägen das Ortsbild. Als Schöna, auch ein Waldhufendorf, das erste Mal im Jahr 1379 urkundlich erwähnt wurde, war es noch im Besitz der böhmischen Krone, es fiel erst 1406 an den Markgrafen von Meißen. Schonaw, die älteste Schreibweise des Ortsnamens, bezieht sich auf »Schöne Aue« und somit auf wasserreiches Wiesenland. Im Jahr 1638 bauten die Einwohner einen holzverschalten Graben von über einem Kilometer Länge, was eine technische Meisterleistung darstellte. Schöna besteht aus kleinen Häusleranwesen und Dreiseitenbauernhöfen. Auf Grund des großen Wasserreichtums und des hohen Gefälles wurden auch hier ursprünglich mehrere Mühlen betrieben.
Kleingießhübel, der kleinste Ortsteil der Gemeinde, liegt am Fuße des »Großen Zschirnsteins«, der mit 562 m die höchste Erhebung der Sächsischen Schweiz darstellt. Von seinem Gipfel aus hat der Betrachter einen weiten Blick in die Sächsische und Böhmische Schweiz.

Rechtsextremismus in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel

In Schöna existierte bis November 2002 ein rechtsorientierter Jugendclub. Nicht nur, dass von dort aus »Sieg Heil-Rufe« ins Dorf schallten, auch andere rechtsextreme Erscheinungen, z. B. Skinheadkonzerte, waren zu beobachten. Anfängliche Beschwerden von Anwohnern wurden ignoriert oder von der Polizei mit dem Satz kommentiert: »Wir haben keinen Streifenwagen zur Verfügung.« Als die Hilfesuchenden mit einer eingeschlagenen Autoscheibe, Drohanrufen u. a. konfrontiert wurden, verstummten auch sie. Nach schließlich mehrfachem Aufsuchen des Clubs durch Polizisten, zu deren Empfang auch »Sieg Heil-Rufe« ertönt sein sollen, wurde der Club geschlossen.

> Sächsische Zeitung (01. 12. 2002):
> »Polizei beendet nach »Sieg Heil«-Rufen Party in Schöna
> Am vergangenen Freitag, kurz vor Mitternacht, musste die Polizei Partyteilnehmer im örtlichen Jugendclub auffordern, die nächtliche Ruhe einzuhalten. Diese taten das Gegenteil und begrüßten die Polizisten mit »Sieg Heil«-Rufen. Daraufhin beendeten die Beamten die Veranstaltung, sprachen Platzverweise aus und stellten Strafanzeige. Der Jugendclub in Schöna wurde dann am Sonnabend vorübergehend vom Bürgermeister geschlossen.«

Bis zu diesem Zeitpunkt war der Schönaer Jugendclub Treffpunkt der Skinheads Sächsische Schweiz (SSS), einer militanten, straff organisierten, etwa 100 Mann zählenden Neonazigruppierung. Das Ziel dieser Gruppe war es, Andersdenkende, Andersfarbige sowie Menschen mit nicht-deutscher Nationalität mit Gewalt zu bekämpfen. Kontakte und Zusammenarbeit mit NPD-Mitgliedern wurden gepflegt. So bedankte sich z. B. der ehemalige

NPD-Kreisgeschäftsführer und Mitglied des Landtages Uwe Leichsenring nach der Bundestagswahl 1998 bei »… den Kameraden der SSS und der SSS/AO[9] für die hervorragende Absicherung unserer Veranstaltungen und Infotische«. Im Jahr 2003 wurde die Organisation vom Dresdner Landgericht als kriminelle Vereinigung verboten. Durch Aussagen, die während des Prozesses getätigt wurden, erhielt man Auskunft über Ziele und Aktivitäten der SSS. Friedemann Bringt, Kulturbüro Sachsen e. V., schreibt in seiner Sozialraumanalyse von Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel »Wir leben dort, wo andere Urlaub machen« (2005): »… Im Mittelpunkt habe die Freizeitgestaltung unter Gleichgesinnten und die politische Arbeit für die NPD gestanden. Vor Wahlen habe man Plakate geklebt, Flugblätter verteilt oder den Saalschutz gestellt. Die »Aufbauorganisation Oberes Elbtal« (SSS/AO) … sei Sammelbecken für unter 18-Jährige gewesen. Ihr Ziel hätte darin bestanden, die Mitglieder an die SSS heranzuführen, Aktionen gegen »Zecken« und »Kiffer« zu unternehmen, Drogenhändler bei der Polizei anzuzeigen und gegen Linksautonome mit Gewalt vorzugehen«. Nach der Schließung des Clubs trafen sich die Jugendlichen an öffentlichen Plätzen, z. B. der Bushaltestelle oder auf privatem Gelände. Außerdem gab es immer wieder Bestrebungen, einen neuen Jugendclub zu errichten. Die Antragsteller waren dabei meist der rechtsextremen Szene zuzuordnen. Auch heute noch agieren ehemalige SSS-Mitglieder im Ort und sind immer wieder wegen »Fortführung einer verbotenen Organisation« im Visier von Staats- und Verfassungsschutz, Justiz, Presse und zivilgesellschaftlichen Organisationen.
Zu rechtsextrem motivierten Übergriffen kam es ab Frühjahr 2003. Die in Schöna gelegenen Einrichtungen »Waldhof« und das Naturfreundehaus »Am Zirkelstein« waren Reiseziele von Schulklassenfahrten. Dort kam es zu den ersten bekannten Belästigungen und Bedrohungen durch rechte Jugendliche. Infolge dessen verzeichnete das Naturfreundehaus einen Buchungsrückgang von etwa 80 Prozent von Gästen aus Berlin und Hamburg. Bei diesen Übergriffen reichte es den Neonazis bereits, dass die Schüler aus einer anderen Region Deutschlands kamen, um zu diskriminieren und zu belästigen. Auch Übergriffe auf nicht-rechte Jugendliche aus dem Ort wurden verübt, kamen allerdings vermutlich aus Angst vor Rache nicht zur Anzeige.

Rechtsextreme Jugendliche begingen an ihren Treffpunkten auch gemeinsam Tage wie den »Führergeburtstag« am 20. April oder das »Julfest« am 21. Juni am Lagerfeuer. Selbst wenn am Tag die Bereitschaftspolizei im Ort Streife fuhr, gab es am Abend Bier und laute Musik. Toralf Staud, Autor des Buches »Moderne Nazis«[10], erlebte bei den Recherchen zu seinem Buch eine solche Zusammenkunft am 20. April mit. Als er mit einem Mitarbeiter des Kulturbüros Sachsen e.V. am Abend nach der Gemeinderatssitzung einen der Orte aufsuchte, an dem sich die rechten Jugendlichen trafen, befanden sich dort etwa zwanzig Mädchen und Jungen. Staud berichtet, an einem Baum ein aus Holzlatten genageltes Hakenkreuz gesehen zu haben. Als man, im Dorf zurück, die verbliebenen Gemeinderäte und den ehemaligen Bürgermeister alarmiert habe, seien diese nur zögerlich der Aufforderung gefolgt, zum Bauwagen zu fahren, um die Jugendlichen zur Rede zu stellen. Als man nach mehr als einer halben Stunde zurück am Treffpunkt der Jugendlichen gewesen sei, habe das Hakenkreuz als harmloser Lattenhaufen im Gras gelegen. Auf die Frage, was es zu feiern gebe, sei die Antwort »Bergfest« gekommen. Schließlich sei Mittwoch und die Arbeitswoche fast vorbei. Der Bürgermeister, der sich nach Stauds Angaben dabei sichtlich unwohl fühlte, habe die Jugendlichen gebeten, an den schlechten Ruf des Dorfes zu denken. Die angeforderte Polizei sei eineinhalb Stunden später eingetroffen.
Auch in Vorbereitung auf die Kommunal-/Europawahl am 13.Juni 2004 und die Landtagswahl im September funktionierte die Zusammenarbeit zwischen der NPD und rechten Jugendlichen aus der Gemeinde. So verteilten diese Wahlwerbung für die NPD und bewachten nachts deren Wahlplakate. Außerdem bedrohten sie Mitglieder anderer Parteien, z. B. einen Gemeinderat der PDS, als dieser seine Plakate aufhängte. Plakate der demokratischen Parteien verschwanden fast täglich und so prägten zu dieser Zeit nahezu nur NPD-Plakate das Ortsbild.

Wahlergebnisse der Gemeinderatswahl Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel

Traurige Berühmtheit erlangte die Gemeinde, als die Wahlergebnisse der Kommunalwahl vom 13.Juni 2004 feststanden. In Tabelle 2 sind dazu die allgemeinen Wahldaten angegeben. Wie in Tabelle 3 ersichtlich, ging die NPD bei einer Wahlbeteiligung von 65,1 % als

zweitstärkste Kraft aus dieser Wahl hervor und erhielt mit 25,2 % ihr sächsisches Rekordergebnis. Im Ortsteil Kleingießhübel erlangte sie sogar 36 %. Die NPD hatte selbst nicht mit einem solchen Ergebnis gerechnet und nur 2 Kandidaten für den Gemeinderat aufgestellt. Diese beiden traten auch bei der gleichzeitig stattfindenden Kreistagswahl an und bekamen hier 26 % der abgegebenen Stimmen. Bei der Europawahl fielen 17,8 % der Stimmen auf die NPD.
Die Wahlergebnisse zeigen zudem, dass die Sozialdemokraten und die Grünen in der Gemeinde keine Rolle spielen. Die Wählervereinigung 94, die die meisten Wähler überzeugte, bietet Menschen mit unterschiedlichen politischen Einstellungen, die sich in der Politik engagieren wollen, eine institutionelle Basis.

Tab.2: Allgemeine Wahldaten zur Kommunalwahl 13.Juni 2004

Zahl der Wahlberechtigten	1395
Zahl der Wähler	908
Zahl der ungültigen Stimmenzettel	30
Zahl der gültigen Stimmzettel	878
Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	2498

Tab.3: Stimmen- und Sitzverteilung zur Kommunalwahl 13.Juni 2004

Partei/ Wählervereinigung	Gesamtstimmen	Anzahl der Sitze
Wählervereinigung 94	964	5
NPD	629	3
PDS	503	2
CDU	402	2

Die erschreckenden Wahlergebnisse wiederholten sich im September 2004 zur Landtagswahl, wo die NPD bei einer Wahlbeteiligung von 70,7 % mit 23,1 % erneut ein hohes Ergebnis einfuhr und als zweitstärkste Partei hervorging. In Tabelle 4 sind die allgemeinen Wahldaten dargestellt. In Tabelle 5 und 6 werden die Direkt-/Listenstimmen und die Prozentangaben gezeigt.

Tab.4: Allgemeine Wahldaten zur Landtagswahl 19.September 2004

Zahl der Wahlberechtigten	1396
Zahl der Wähler	987
Zahl der ungültigen Direktstimmen	17
Zahl der gültigen Direktstimmen	970
Zahl der ungültigen Listenstimmen	11
Zahl der gültigen Listenstimmen	976

Tab.5: Direktstimmen und Prozentangaben zur Landtagswahl 19.September 2004

Listennummer	Direktstimmen	Absolut	%
1	CDU	420	43,3
2	PDS	178	18,4
3	SPD	59	6,1
4	GRÜNE	36	3,7
5	NPD	222	22,9
6	FDP	55	5,7
Insgesamt		970	100,0

Tab.6: Listenstimmen und Prozentangaben zur Landtagswahl 19.September 2004

Listennummer	Listenstimmen	Absolut	%
1	CDU	410	42,0
2	PDS	171	17,5
3	SPD	55	5,6
4	GRÜNE	31	3,2
5	NPD	225	23,1
6	FDP	35	3,6
7	DSU (Deutsche Sozial Union)	4	0,4
8	PBC (Partei Bibeltreuer Christen)	4	0,4
9	GRAUE	9	0,9
10	BüSo (Bürgerrechtsbewegung Solidarität)	5	0,5
11	AUFBRUCH	6	0,6
12	DGG (Deutsche Gemeinschaft für Gerechtigkeit	5	0,5
13	Tierschutzpartei	16	1,6
Insgesamt		976	100,0

Die NPD in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel

Die Wortführer der NPD in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel sind Mario Viehrig und Michael Jacobi. Mario Viehrig ist Jahrgang 1964, verheiratet und hat drei Kinder. Er lebt mit seiner Familie in einem Einfamilienhaus in Schöna. Er ist Informatiker und betreut in einer Fensterfirma die Branchensoftware. Er trat 2003 in die NPD ein und ist Beisitzer im NPD-Kreisvorstand. Seit 1999 ist er Gemeinderat in Reinhardtsdorf-Schöna, zunächst für die aus den Aktivitäten der Wendezeit hervorgegangene »Wählervereinigung 94«, seit 2004 für die NPD. Er trägt stets sein Lonsdale-Basecap, auch zur Gemeinderatssitzung. Die Marke ist bei Rechten beliebt, weil man in ihrem Schriftzug die Abfolge »nsda« findet. Viehrig engagiert sich seit Jahren für Heimat- und Brauchtumspflege und war einige Jahre Vorsitzender des Heimatvereins Schöna.

Michael Jacobi ist 53 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder. Er bewohnt mit seiner Familie ein Haus in Kleingießhübel. Er ist selbstständiger Klempnermeister und sein Büro befindet sich in der alten Grenzlandschule. Sein Großvater war ein beliebter Arzt im Ort. Auch Jacobi saß – wie Viehrig – zunächst als Gemeinderat für die Wählervereinigung 94 im Kommunalparlament, bis er ebenfalls zur Wahl im Juni 2004 für die NPD antrat.

Beide sind in der Gemeinde fest verankert. Ihre Familien leben seit Generationen im Ort. Im Gemeinderat verhalten sich die beiden eher ruhig, weshalb der ehemalige Bürgermeister Arno Suddars auch schon vor der Presse sagte, die PDS bereite ihm mehr Probleme als die NPD. Viehrig und Jacobi gelten als hilfsbereit und packen an. So hat Jacobi beim Hochwasser 2002 mit seiner Firma engagiert bei der Beseitigung von Schäden geholfen. Er macht faire Preise und die Menschen loben ihn, weil er Tag und Nacht zur Stelle ist, wenn die Heizung den Dienst versagt.

Auch die Kinder der beiden sind in der rechten Szene verankert. Die Tochter von Mario Viehrig fuhr jahrelang mit der Aufschrift »Terrornicki« am Auto umher und begleitet ihren Vater zu Veranstaltungen, bei denen die NPD auftritt. Sie verkehrte im rechten Jugendclub und ihr Vater setzte sich für die rechte Dorfjugend ein. So werden gemeinsame Treffen und Feiern organisiert. Die beiden Söhne von Jacobi sind ebenfalls in der rechten Szene bekannt, wobei der Jüngere Mitglied der Skinheads Sächsische Schweiz war.

Erfahrungsbericht:

Bereits weit bevor der Schönaer Jugendclub wegen rechtsextremer Vorkommnisse geschlossen wurde und es in Reinhardtsdorf-Schöna Kandidaten für den Gemeinderat von der NPD gab, diskutierte der älteste Jacobi-Sohn mit dem damaligen Pfarrer, den anderen Konfirmanden und mir in der Konfirmandenstunde über Germanenstämme und den Nationalsozialismus. Dabei betonte er immer wieder die Dominanzstellung der Deutschen und die falsche Geschichtsschreibung durch die Siegermächte. Er bezweifelte die Richtigkeit der Opferzahlen des Holocaust und erklärte mit seinen damals

13 Jahren die Fehler von Hitler und was man anders machen müsse. Er sprach schon zu jener Zeit offen von der Weltherrschaft der Amerikaner und Juden, insbesondere der Familie Rothschild. Verschwörungstheorien wollte er mit Schriften von Jan van Helsing belegt sehen.

Die Reproduktion einer menschenfeindlichen Kultur

Will man die Ursachen, Erscheinungsformen und Konsequenzen des Rechtsextremismus in der Gemeinde beschreiben und erklären, dann kann man nicht einzelne Faktoren oder Facetten hervorheben. Heitmeyer hat im Band 5 der »Deutschen Zustände« (2007) ein heuristisches Modell zur Selbststabilisierung von feindseligem Klima vorgeschlagen, das geeignet ist, die komplexen Muster der Reproduktion und Stabilisierung einer menschenfeindlichen Kultur zu verstehen. Auf Seite 13 ist das so genannte »Reproduktionsmodell« abgedruckt.
Auf der Suche nach den Ursachen für die Wahlerfolge von rechtsextremen Parteien wie der NPD, der steigenden Gewaltbereitschaft zwischen unterschiedlichen Gruppen und des hohen Maßes an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit formuliert Heitmeyer (2007) die zwei zentralen Thesen:

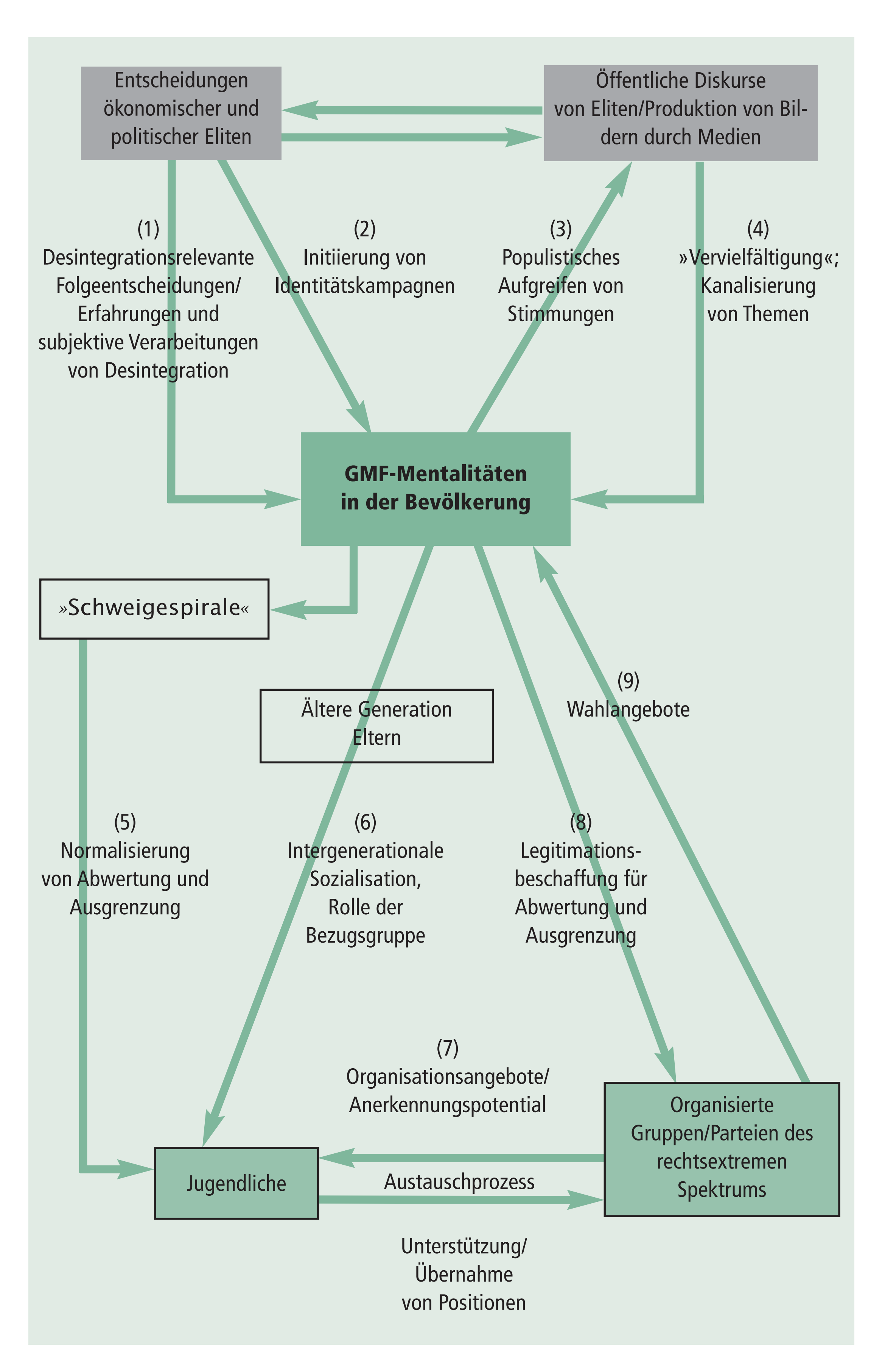
1. dass sich ein aus unterschiedlichen Akteursgruppen und Prozessen zusammengesetztes System selbst festigt
2. und dass es dies deshalb tun kann, weil die stabilisierenden Reproduktionsbeziehungen zwischen den Gruppen nicht im Bewusstsein der Gesellschaft verankert sind und aktiv bekämpft werden.

Im Modell sind folgende sechs Akteursgruppen (Strukturelemente) bedacht:
1. politische und ökonomische Eliten
2. öffentliche Diskurse der Eliten/ Massenmedien
3. Bevölkerungsgruppen
4. Eltern/ Großeltern
5. Jugendliche
6. organisierte Gruppen

Dieses Modell wird zur Grundlage einer genaueren Beschreibung und Analyse des rechtsextremen Potenzials in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel herangezogen, das heißt, im Folgenden werden die Akteursgruppen beschrieben und ihre Interaktionen benannt. Dabei werden Beobachtungen und Einschätzungen der Autorin aufgeführt. Es ist verständlich, dass diese aus einer bestimmten Perspektive erfolgen. Soweit das möglich ist, wird der Versuch unternommen, in kritischer Distanz auf die Ereignisse und Konfliktfelder zu sehen.

Politische und ökonomische Elite

Die Studie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« (Heitmeyer, 2002 – 2007) sowie viele andere Studien zu den Einstellungen der Bundesbürger und Bundesbürgerinnen zeigen, dass viele Menschen landesweit »politikverdrossen« sind, aus Frustration und Protest wählen und an der Demokratie und Politik zweifeln. Die Bürger und Bürgerinnen beklagen die mangelnde Mitbestimmung bei politischen und ökonomischen Entscheidungen. Das soll nicht übertrieben werden, aber die empirischen Studien weisen auf einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Zweifel an der Demokratie und rechtsextremen Orientierungen hin. Sicherlich trifft dies auch auf die Einwohner und Einwohnerinnen der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel zu.
Bricht man das Reproduktionsmodell nur auf die Kommunalpolitik herunter, so zeigen sich bereits hier drei miteinander verbundene Ursachen, die zur Selbststabilisierung des Systems führen und somit Interventionsstrategien scheitern lassen können:



Reproduktionsmodell (Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt am Main 2007, S. 283)

- Ein autoritärer Bürgermeister
- Ein Gemeinderat, der nicht bürgernah orientiert ist
- Mangelnde oder keine Partizipationsmöglichkeiten für die Gemeindemitglieder.

Im Folgenden sollen diese drei Punkte näher erläutert werden.

Der autoritäre Bürgermeister

»Wenn abends in der Dorfkneipe der Gemeinderat tagt. (…) Vom Kopfende her führt der CDU-Bürgermeister mit straffer Hand durch die Tagesordnung, verbietet einem PDS-Abgeordneten mehrmals den Mund, als der ihm widerspricht und bohrende Fragen stellt« (Staud, 2005)[10]. Der Bürgermeister, von dem Toralf Staud berichtet, ist Arno Suddars, Jahrgang 1938, Ingenieur und seit 1990 Gemeindevorsteher von Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel. Er lebt mit seiner Frau, mit der er zwei Kinder hat, in Schöna. Nicht nur dem PDS-Gemeinderat verbot er das Wort. Auf Anfragen der Bürger und Bürgerinnen reagierte er oft abwertend, so dass dies sicher ein Grund gewesen ist, weshalb Gemeinderatssitzungen wenig besucht und auch wenig Fragen gestellt wurden.

Erfahrungsbericht:

Nach den Kommunalwahlen im Juni 2004 verfassten mein Bruder, Stefan Richter, Verwaltungswirt, der heutige Vorsitzende des Heimatvereins Michael Wacker und ich einen Wahlaufruf für die Landtagswahl (Siehe Seite 29). Wir wollten auf die erschreckenden Ergebnisse und deren Folgen für die Gemeinde aufmerksam machen sowie versuchen, das undemokratische Gesicht der NPD zu zeigen und unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen zum Wahlgang im September zu bewegen. Unser Ziel war es, den Bürgermeister als Unterstützer ins Boot zu holen. Mein Bruder sprach bei ihm vor, wurde allerdings als »grün hinter den Ohren« und der Wahlaufruf als unnötig bezeichnet. Im Folgenden besuchte ich den hauptamtlichen Bürgermeister der Verwaltungsgemeinschaft in Bad Schandau, Andreas Eggert, der das Vorgehen unseres Bürgermeisters zwar stark kritisierte und uns in unserem Tun bestärkte, aber auch das Abdrucken des Wahlaufrufes im örtlichen Amtsblatt nicht ermöglichte. Ich wurde darauf hingewiesen, dass politische Äußerungen nicht im Blatt veröffentlicht werden, es sei denn, ich bezahle sie als Annonce. Im nächsten Amtsblatt befand sich dann ein Wahlaufruf unseres Bürgermeisters, der angelehnt an den des Kreistages war und sich mit milden Worten gegen Rechtsextremismus richtete – ohne die NPD überhaupt zu erwähnen.

Ein Gemeinderat, der bürgerfern ist

Der Gemeinderat in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel besteht aus 11 männlichen Räten (Sitzverteilung in Tabelle 3, Seite 10), davon sind zum heutigen Zeitpunkt fünf selbstständig beschäftigt und haben ihre Firmen im Ort angesiedelt, vier sind Angestellte, einer Rentner und einer Auszubildender. Unter dem ehemaligen Bürgermeister hatte der Gemeinderat den Ruf, dass er unter dem Tisch mit Strippen verbunden sei, an denen der Ortschef zur Abstimmung je nach Wunsch ziehen würde. Der neue Bürgermeister Olaf Ehrlich, der seit nun einem Jahr im Amt ist, beschreibt die Zusammenarbeit mit dem Rat als schwierig.

Erfahrungsbericht:

Im März 2006 erreichte der frühere Bürgermeister Arno Suddars das 68. Lebensjahr, was ihn scheinbar vollkommen überraschte. Er hatte sich um keinen Nachfolger bemüht, musste aber laut der damaligen sächsischen Gemeindeordnung ab diesem Alter sein Ehrenamt abgeben. Auch die anderen demokratischen Parteien zeigten besondere Schwäche, weil sie beim Näherrücken der Neuwahlen nicht in der Lage waren, einen geeigneten Kandidaten aufzustellen. Sie gaben an, keinen zu finden. Schließlich deutete der NPD-Gemeinderat Viehrig an, sich für das Amt zur Verfügung stellen zu wollen. Der Gemeinderat und Arno Suddars beantragten bei der Kommunalaufsichtsbehörde eine Sonderregelung zum Höchstalter von Bürgermeistern. Als dieser Antrag abgelehnt wurde, drohte so Reinhardtsdorf-Schöna der erste Bürgermeister mit NPD-Parteibuch.

Um das zu vermeiden, beschloss man im Gemeinderat kurzerhand Verhandlungen mit dem Ziel einer Eingemeindung in die Stadt Bad Schandau, mit der sich Reinhardtsdorf-Schöna bereits in einer Verwaltungsgemeinschaft befand. Vermittelt wurde dieser Beschluss mit der Begründung der »allgemeinen Globalisierungsentwicklung«. Um der Sache Nachdruck zu verleihen, benannte man negative Folgen, die durch den Erhalt der Selbstständigkeit der Gemeinde unweigerlich über den Ort hereinbrechen würden: Zwangsfusion, Verlust der Eigenbetriebe. Nun ist das Thema »Eingemeindung« bei den Bürgern insbesondere auf Grund vieler negativer Erfahrungen aus der bestehenden Verwaltungsgemeinschaft mit Bad Schandau unbeliebt. Der Gemeinderat lieferte mit seinem Beschluss zur beabsichtigten Eingemeindung der NPD die Steilvorlage, um sich zu Volkes Stimme aufzuschwingen. Bewohner des Ortsteils Kleingießhübel informierten mich zu jener Zeit, dass der NPD-Gemeinderat Jacobi bereits Unterschriften gegen eine Fusion sammle. Im Anschluss an eine Gemeinderatssitzung gab ich diese Information an den stellvertretenden Bürgermeister weiter. Ohne eines Blickes gewürdigt zu werden, bekam ich die Antwort, dass Jacobi diese Unterschriften eh nicht weiterreiche. Zu diesem Zeitpunkt hätte der Gemeinderat noch mehrere Möglichkeiten gehabt, um das Folgende zu verhindern, z.B. den Beschluss zurückzunehmen oder selbst ein Bürgerbegehren mit anschließendem Bürgerentscheid durchzuführen. Er tat es nicht und so tat es die NPD. »Selbstständigkeit ist ein hohes Gut, dessen Preisgabe nicht wieder rückgängig gemacht werden kann«, schrieb diese auf ihren Unterschriftenlisten, die in der Bäckerei, im Getränkehandel und anderswo auslagen. In der angegebenen Frist wurde das Bürgerbegehren mit 200 Unterschriften eingereicht – 139 Unterschriften wären nötig gewesen. Im April kam es daraufhin zum Bürgerentscheid.

Im regionalen Tageblatt »Sächsische Zeitung« (14. 03. 2006) steht zum Ergebnis:
»… zur Frage »Soll die Selbstständigkeit der Gemeinde erhalten bleiben?« stimmten 732 der 783 zur Wahl gegangenen Bürger mit Ja. Das sind 93 Prozent. Nur 49 Einwohner machten bei »Nein« ihr Kreuz, zwei Stimmen waren ungültig. Klarer geht's nicht. Die Wahlbeteiligung lag trotz des Wintereinbruchs bei 57 Prozent. Damit ist der Bürgerentscheid, der durch eine Unterschriftenaktion der NPD herbeigeführt wurde, auch gültig. Notwendig dafür waren 347 Kreuze bei Ja (25 Prozent der 1385 Wahlberechtigten).«

Offensichtlich hat der Gemeinderat nicht gerade im Interesse der Bürger entschieden, als er im November Fusionsverhandlungen mit Bad Schandau beschloss. Die Reaktion des stellvertretenden Bürgermeisters bestand nach Angaben eines Redakteurs der Sächsischen Zeitung in der Aussage, dass er, wenn ein solches Ergebnis [gegen den Beschluss des Gemeinderates; Anm. d. Verf.] noch einmal vorkäme, sein Ehrenamt niederlegen werde. Augenscheinlich war zumindest diesem Mann nicht viel daran gelegen, die Interessen der Mehrheit der Wähler zu vertreten und sie zu Wort kommen zu lassen. Für die folgende Bürgermeisterwahl gewann die Bürgerinitiative »Demokratie anstiften«, die sich im Ort gegen Rechtsextremismus engagiert, innerhalb einer Woche durch einfaches Ansprechen einen Kandidaten – den heutigen Bürgermeister Olaf Ehrlich: 37 Jahre, Gastwirt des Schönaer Landgasthauses »Zum Zirkelstein«, dreifacher Familienvater und Ex-Gemeinderat für die Wählervereinigung 94, für die er auch antrat. Später meldeten sich aus eigenem Antrieb noch weitere Interessenten für das Amt: Frank Zimmermann, 57 Jahre alt, Gastwirt und ehemaliger LPG-Hauptbuchhalter. Allerdings musste seine Frau zu diesem Zeitpunkt krankheitsbedingt ihre Schönaer Gaststätte »Schlemmerstübchen« aufgeben, so dass er arbeitssuchend war. Gabriele Könemann aus dem Ortsteil Kleingießhübel arbeitet für das Sächsische Zentrum für Osteoporose in Bad Schandau. Und Reiner Dittrich: 51 Jahre, gebürtiger Reinhardtsdorf-Schönaer und Diskjockey aus Dresden. Diese Kandidaten waren parteilos und mussten deshalb erst 20 Wahlberechtigte werben, die für sie zur Unterstützung im Bad Schandauer Rathaus ihre Unterschriften leisteten. Dittrich bekam keine Unterschrift und konnte somit nicht zur Wahl antreten.

Das Wahlergebnis vom 23. April 2006 mit einer Wahlbeteiligung von 68,74% sah wie folgt aus:

- Ehrlich, Olaf: 67,3 %
- Zimmermann, Frank: 26,65 %
- Könemann, Gabriele: 6,05 %

Die Sächsische Zeitung (24. 04. 2006) sprach von einem »positiven Zeichen«:
»… Olaf Ehrlich hat den geringsten Wahlkampf betrieben, keine Flyer wie seine Konkurrenten verteilt – und trotzdem klar gewonnen. Sicher, weil er als Gastwirt nicht nur in Schöna be- und anerkannt ist. Weil er als Einziger über kommunalpolitische Erfahrung im Gemeinderat verfügt. Und vielleicht auch, weil er als erster Kandidat überhaupt auftrat. Er signalisierte seine Bereitschaft bereits im Januar, in einer Phase, als noch kein anderer den Mut dazu hatte und noch über einen möglichen NPD-Bewerber spekuliert wurde. Apropos NPD: Mit Ehrlich haben die Reinhardtsdorfer, Schönaer und Kleingießhübler auch denjenigen gewählt, der sich am konsequentesten von der rechtsextremen Partei und ihren Zielen abgrenzte und nicht wie Konkurrent Zimmermann am rechten Rand auf Stimmenfang ging. Das ist nach den relativ hohen NPD-Ergebnissen der letzten Wahlen eigentlich das positivste Zeichen für die Zukunft.«

Mangelnde Partizipationsmöglichkeiten

Negative Erfahrungen mit den politischen Vertretern machten Bürgerinitiativen, die sich für den Ort einsetzten. So wurde z.B. die Arbeit einer Gruppe für die Abwasserregelung in Kleingießhübel als Behinderung definiert. Die Bürgerinitiative »Demokratie anstiften« wurde vom stellvertretenden Bürgermeister als »naiv« bezeichnet.

Fazit

Betrachtet man die Kommunalpolitik der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel, so werden nicht nur in der Bundespolitik, sondern auch hier folgenreiche Entscheidungen ohne Rückhalt in der Gemeinde getroffen. Durch den autoritären Stil des Bürgermeisters, die fehlende Bürgernähe des Gemeinderates und die als mangelhaft wahrgenommenen Partizipationsmöglichkeiten werden diese Entscheidungen von den Menschen nicht nur als intransparent empfunden. Sie bekommen auch ein Gefühl von politischer Machtlosigkeit und fehlender Anerkennung. Im Reproduktionsmodell stellen diese Empfindungen den Nährboden für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung dar und halten die Reproduktionslogik aufrecht.

Öffentliche Diskurse, Medien

Dass bis heute in vielen Köpfen von Reinhardtsdorfern, Schönaern und Kleingießhüblern die Meinung vorherrscht, in ihrer Gemeinde gebe es keinen Rechtsextremismus oder die Presse sei an der Misere Schuld, verdankt die Gemeinde den öffentlichen Diskursen, die die kommunalen Eliten führten und führen. Diese dienen dann wieder als Legitimation, um sich auch in konkreten Situationen passiv zu verhalten und zu schweigen. Wendet man in diesem Zusammenhang erneut das Reproduktionsmodell auf die Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel an, so zeigen sich folgende Schwerpunkte, die zur Selbststabilisierung des Systems führen und somit Interventionsstrategien scheitern lassen können:

- Bürgermeister und Gemeinderat ignorierten lange den Rechtsextremismus und behandelten ihn später lediglich als Imageproblem
- Externe Unterstützung wird abgelehnt und verspottet
- Einseitige/falsche Mediendarstellung

Erst Ignoranz, dann Imageproblem

»In Reinhardtsdorf-Schöna gibt es keinen Rechtsextremismus«. Allen Warnungen zum Trotz, die weit vor der Wahl von regionalen Initiativen und Vereinen wie dem Kulturbüro Sachsen e.V., der Aktion Zivilcourage und anderen ausgesprochen wurden, vertrat man im Ort immer diese Meinung.

So schrieb die Sächsische Zeitung (30. 06. 2004):
»… Dabei warnt das Netzwerk gegen Rechts seit Jahren, in Reinhardtsdorf-Schöna würden rechtsextreme Tendenzen nicht zuletzt vom Bürgermeister verharmlost. Der unterschätze beispielsweise die Vorkommnisse mit den Jugendlichen im Jugendklub in Schöna. Das alles prallte an Suddars ab.«

Wie auch viele andere ostdeutsche Kommunalpolitiker haben Suddars und Mitstreiter über Jahre den Rechtsextremismus ignoriert.

So schreibt die Tageszeitung taz (12. 07. 2004):
»… Gelegentlich haben die jungen Kameraden feierlich Hakenkreuze aus Stroh abgebrannt. Diese Feiern wurden schon im Jugendausschuss des Kreistages thematisiert. Und von der Kandidatur Jacobis hätte Arno Suddars schon im Februar erfahren können - aus einer Pressemitteilung der NPD. Auch dass einige Jugendliche aus dem Dorf im SSS-Prozess angeklagt waren, blieb kein Geheimnis …«.

Als dann die Wahlergebnisse ein deutlich anderes Bild zeichneten, behandelte man es in der Gemeinde lediglich als Imageproblem. Man schloss nach der Wahl per Gemeinderatsbeschluss ein Fernsehteam von der öffentlichen Sitzung aus, als seien die Medien Schuld und nicht die Wahlentscheidung der Einwohner.

So schreibt die Sächsische Zeitung (03. 07. 2004):
»… Für Suddars hat gerade das rechtsradikale Stigma seiner Gemeinde der NPD Aufschwung gegeben. »Die Bürger sind über die vielen Vorwürfe sauer«, erklärt er sich die 25 Prozent NPD.«

Weitere Pressebeispiele dokumentieren das Ausmaß an Ignoranz:

taz (12.07. 2004):
»Das Große und Ganze ist schuld – aber nicht allein. Man kann nicht bezweifeln, dass einige Jugendliche rechtsradikalen Aktivitäten nachgehen«, sagt er dann doch. »Aber nicht hier am Ort«, fügt er an. »Und ich kann doch jetzt nicht über einen, der früher im Gemeinderat korrekt, sachlich und kompetent war, sagen, dass er asozial ist.« … «. Suddars zur Tageszeitung.

Sächsische Zeitung (30. 07. 2004):
»… »Wir sind nicht rechtsradikal«, diktiert Bürgermeister Suddars den Journalisten mittlerweile gebetsmühlenhaft in die Blöcke. »Schließlich haben wir uns immer um Aufklärung bemüht.« Allerdings nach Suddars- Art: Als er Wind von einem »nationalen« Fußballturnier in seiner Turnhalle bekam, hat er schlicht den Hallenwart losgeschickt, um nachzusehen. »Keine Rechten«, funkt der jetzt dem Gemeinderat zurück: »Die Jungs haben bezahlt und ordentlich wieder abgeschlossen. Ein Superturnier.« [Viehrig selbst schrieb auf der NPD-Internetseite über das Turnier; Anm. d. Verf.]

Auch im *stern* 32/2004 äußerte Suddars nur die Sorge über die Auswirkungen auf den Tourismus und begegnete dem Mobilen Beratungsteam des Kulturbüros Sachsen e.V. beim ersten gemeinsamen Treffen mit der Aussage, er lasse sich von ihnen nicht seine Übernachtungszahlen kaputt machen. Die Mitarbeiter dieses Vereins hatten schon lange im Vorfeld vor rechtsextremistischen Entwicklungen in der Gemeinde gewarnt. Ihre Hinweise und Unterstützungsangebote hatte der Bürgermeister stets zurückgewiesen.
Im Dorf traf man inzwischen verstärkt auf die Meinung, dass die Presse und die Einwohner, die das Thema Rechtsextremismus ansprachen, verantwortlich zu machen seien für das Desaster.

Erfahrungsbericht:
Nach einem im Jahr 2006 von den Tagesthemen ausgestrahlten Interview von Michael Wacker, heutiger Heimatvereinsvorsitzender, und mir zu den Themen »Bürgerentscheid« und »Rechtsextremismus« in Reinhardtsdorf-Schöna berichtete eine Mitarbeiterin des Kulturbüros Sachsen, man habe ihr im Gemeindeamt gesagt, dass ich aufpassen solle, was ich sage, sonst würde ich schnell einmal verklagt werden. Auf Anfrage der regionalen Tageszeitung habe der Reporter vom Bürgermeister lediglich die Aussage erhalten, er ließe den Beitrag von einem Anwalt prüfen. Da es meinerseits keine Verletzung des Persönlichkeitsrechts oder anderes gab und ich mich selbstverständlich an wahre Fakten gehalten habe, blieb es bei der Drohung.

Ein weiteres Beispiel ist, dass Personen im Dorf der Ansicht waren und immer noch sind, dass ich dem lokalen Tageblatt »Sächsische Zeitung« aufgrund einer ehemaligen Freundschaft zu einem Redakteur die Artikel diktierte und man sie einfach nur noch abdruckte. Ergo seien ich und die Zeitung daran schuld, dass die Gemeinde ein schlechtes Image habe, schließlich würden dieser »Zusammenarbeit« nur Lügen entspringen. Auch dem Reporter der Sächsischen Zeitung warf man offen vor, dass seine Artikel nicht der Wahrheit entsprächen. Unter anderem war dies Thema auf einigen Gemeinderatssitzungen. Andere Menschen aus dem Ort gratulierten der Zeitung dazu, dass sie endlich das Thema ansprach.

Nachdem die Bürgerinitiative »Demokratie anstiften« begann, offen gegen Rechtsextremismus zu arbeiten, wurden wir in das Gemeindeamt bestellt, um zu erläutern, weshalb wir uns konstituiert haben und was wir tun wollen.

Ablehnung externer Unterstützung

Wie bereits erwähnt, gab es bereits vor der Kommunalwahl zahlreiche Hinweise bezüglich des bestehenden Rechtsextremismus in der Gemeinde von regionalen Institutionen und Angebote für eine Zusammenarbeit. Leider wurden diese nicht genutzt. Auch nach der Wahl lehnte man externe Unterstützung ab und verspottete sie öffentlich. Vereine wie das Kulturbüro Sachsen, die mehrfach beim ehemaligen Bürgermeister vorsprachen, rannten gegen Mauern. Das Kulturbüro war bemüht, ein Dorfentwicklungsprojekt in der Kommune zu etablieren. Ziel des Projektes ist es, demokratische Potenziale zu erfassen und zu aktivieren. Allerdings bedurfte es dabei der Zustimmung des Gemeinderates. Nach anfänglicher Ablehnung wurde dann in einer Gemeinderatssitzung nach dem Argument des Bürgermeisters, dass man das Geld lieber nehme, als es einer anderen Kommune zu überlassen, mit knapper Mehrheit für das Projekt gestimmt. Jacobi beschwerte sich lauthals, dass dieses Projekt gegen seine Partei gerichtet sei. Die NPD-Abgeordneten stimmten dagegen. Im weiteren Verlauf war die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat schwierig. Formulierungen bei der Antragstellung mussten z. B. mehrfach geändert werden, weil sie nicht den Vorstellungen einiger Abgeordneter entsprachen. Außer den beiden PDS-Räten hat sich kein Gemeinderatsmitglied bei den Projektträgern über das Konzept und die Umsetzung informiert. Doch auch Mitglieder anderer Institutionen wurden verspottet. So wurde Manfred Lindemann, der Geschäftsführer des »Netzwerks gegen Rechts«, laut Sächsischer Zeitung (30. 07. 2004) bei einer Gemeinderatssitzung von einem Gemeinderat als »Weihnachtsmann« bezeichnet.

Einseitige und verzerrte Mediendarstellung

Nach den Wahlergebnissen vom Juni 2004 fielen in die Gemeinde Reinhardtsdorf- Schöna und Kleingießhübel Heerscharen von Presseleuten ein. Bis aus Norwegen war man in den kleinen Ort gekommen, um über das »braune Dorf« zu berichten. Allerdings musste man feststellen, dass es hier keine Hakenkreuze und keine Naziaufmärsche gab und so fühlten sich manche Blätter offenbar gezwungen, solche Bilder ihrer Phantasie entspringen zu lassen. Sie setzten auf Extreme und thematisierten nicht das eigentlich Gefährliche: Die Normalität des Rechtsextremismus in Alltagssituationen, wie das Agieren des NPD-Gemeinderates als Vorstandsmitglied des Heimatvereins.

Beispiele von Schlagzeilen in regionaler und überregionaler Presse:

1. »Die braunste Kommune Deutschlands« (Spiegel TV, 08. 07. 2002)
2. »Rechter Spuk im Märchenland« (Süddeutsche Zeitung, 19. 06. 2004)
3. »Ein Hitlergruß hat noch keinen umgebracht« (*stern*, 29. 07. 2004)
4. »Hier wohnt der Hass« (Süddeutsche Zeitung Magazin, 28. 09. 2006)

Als Folge kam es zu Übernachtungsstornierungen von Urlaubern, allerdings auch zu besonderen Buchungsanfragen: Man wolle da Urlaub machen, wo Deutschland noch deutsch ist. Die bestehende dörfliche Gemeinschaft rückte noch enger zusammen. Das Bild der lügenden Presse wurde bestärkt. Und somit die Meinung: die Medien und die, die mit ihnen reden, sind Schuld.

Erfahrungsbericht:
Nach der Veröffentlichung der Wahlergebnisse erhielt meine Mutter eine telefonische Anfrage von Stammgästen unserer Ferienwohnung aus der Leipziger Gegend. Die Urlauber seien sehr besorgt, man habe in der regionalen Presse gelesen, bei uns jage man die Touristen mit dem Knüppel durch den Ort. Sie sahen »vorsichtshalber« von einem Urlaub bei uns ab.

Positionierung weiterer lokaler Eliten

Die Kirchengemeinde äußert sich öffentlich nicht zum Thema Rechtsextremismus, obwohl das christliche Menschenbild doch eine eindeutige Positionierung zum Thema vorgeben sollte. Weder waren Mitglieder des Kirchenvorstandes, des Kirchenchors oder des Mutti-Kind-Kreises bereit, den Wahlaufruf gegen die NPD mit einer Unterschrift zu unterstützen, noch gab es eine andere öffentliche Stellungnahme der Kirchengemeinde. Die Pfarrerin und ihr Mann unterstützten intensiv die Bürgerinitiative »Demokratie anstiften« bis zu ihrem Wegzug wegen Versetzung. Seitdem fordert die Kirche Raummiete für die Treffen der Bürgerinitiative und verweigerte etwa die Räumlichkeiten für eine Veranstaltung zum Thema »Widerstand zur Zeit des Nationalsozialismus in Reinhardtsdorf-Schöna«.

Fazit

Von einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus ist leider die Mehrzahl der kommunalen Eliten weit entfernt. Öffentliche Diskurse und eine sich darin widerspiegelnde klare Positionierung gegen Rechtsextremismus werden nicht oder nur teilweise geführt. Diese Einstellungen und Verhaltensweisen werden von den Medien zum Konsumenten transportiert und dienen diesem als Legitimation seines eigenen unkritischen Umgangs mit Rechtsextremismus. Zudem finden sich in der Mehrheit Beiträge in den Medien, die ein Bild von Rechtsextremismus zeichnen, der in dieser Form hier kaum noch existiert. Rechtsextreme sind nicht mehr (nur) die arbeitslosen Glatzköpfe in Springerstiefeln. Allerdings scheinen diese Klischeebilder wiederum die Einschaltquoten zu steigern. Rechtsextreme sind inzwischen Klempner, Fahrschullehrer oder Ärzte und agieren ohne jegliche Sanktionen in der Mitte der Gesellschaft. Genau diese Normalisierungsprozesse sollten von den Medien thematisiert werden.

Bevölkerungsgruppen

Auch die Reinhardtsdorfer, Schönaer und Kleingießhübler sind betroffen von Abwanderung und Selektionseffekten, Angst vor Arbeitslosigkeit, dem Gefühl von politischer Machtlosigkeit auf Bundes- und Kommunalebene sowie Desintegration und mangelnder Unterstützung.

Im Folgenden sollen die in der Kommune bestehenden größten Probleme der Bevölkerung näher betrachtet werden, die meines Erachtens besonders relevant zur Erklärung menschenfeindlicher Mentalitäten sind:

- mangelndes Wissen über die NPD
- dörflich-gemeinschaftliche Geschlossenheit
- keine kritische Masse gegen NPD
- sozialer Druck/soziale Ausgrenzung/Schweigespirale

Mangelndes Wissen über die NPD

Betrachtet man die Entwicklung der vergangenen Jahre, muss man feststellen, dass die NPD und die mit ihr verbundenen Gruppen zu einer Gefahr für die Demokratie in Deutschland geworden sind. Das zu leugnen oder anders zu interpretieren fällt schwer.
In Reinhardtsdorf-Schöna ist das nicht anders. Allerdings liegt das in erster Linie nicht einmal daran, dass inzwischen NPD-Abgeordnete in Parlamenten von Dörfern oder Städten oder gar im Landtag sitzen – denn da verhalten sie sich weitestgehend still. Die größte Bedrohung geht meines Erachtens von der stillen Verankerung inmitten der Gesellschaft aus. Hier fressen sich rechtsextreme Orientierungen wie ein Karzinom in das Gewebe. Rechtsextreme Ideen sind hier schon längst nicht mehr isoliert. »Schnauze voll«, »Grenze dicht für Lohndrücker«, »Die Zeit ist reif«, »Arbeit! Familie! Heimat!« las man zu den Wahlen im Jahr 2004 an fast jeder Ecke des Dorfes. Die Zustimmung zu solchen Slogans ist weit verbreitet, was eigentlich dahinter steht, ist eher unbekannt oder vielleicht sogar uninteressant. So werden auch die späteren Wahlerfolge wie folgt erklärt:

Sächsische Zeitung (15. 06. 2004):
»… »Tja, woran liegt das?«, grübelt ein Reinhardtsdorfer, der selbst CDU und Wählervereinigung gewählt haben will. »Ich weiß nicht, vielleicht die Ausländer?« Aber da gibt es laut Statistik doch keinen einzigen im Dorf. »Ich meine allgemein. Dass die jetzt alle nach Deutschland reinkommen.«

»… Eine Reinhardtsdorferin, die gerade vom Einkaufen im Dorfladen kommt, glaubt, vor allem »die Jungen« hätten die Rechten gewählt. »Ist ja nichts los hier, viele sind arbeitslos.« Den Zugewinn der NPD findet sie zwar »irgendwie bedenklich«. »Aber auf eine Weise ist das auch ganz gut: Da bekommen die mal einen Anstoß nachzudenken.«

»… »Kein Wunder« sei es, dass so viele NPD gewählt hätten, sagt im Ortsteil Kleingießhübel ein älterer Herr mit sonnengegerbtem Gesicht. »Hier geht alles vor die Hunde, aber keiner lässt sich hier blicken.« Nur »der Michael« halt, der ein paar Seitenstraßen weiter seine Klempnerei hat.«

Erfahrungsbericht:
Eine wesentliche Kraft entfaltet der Rechtsextremismus, weil er nicht als gefährlich bewertet wird. In der Arbeit für die Bürgerinitiative »Demokratie anstiften« sind wir oft mit Aussagen konfrontiert wie:

- die NPD ist nicht verboten
- die NPD ist eine ganz normale Partei, wie andere auch

Die NPD wird für demokratisch gehalten, weil sie auf Wahlzetteln steht und ihre Abgeordneten in Parlamenten sitzen. Das sie lediglich demokratisch legitimiert ist und die Demokratie beseitigen will, ist den wenigsten klar. Immer wieder ist auf Veranstaltungen zu hören, dass ein Verbotsantrag gescheitert ist und das lege den einfachen Schluss nahe: Es gibt nichts Schlimmes an der NPD.
Auch Sprüche wie der eines ehemaligen Gemeinderates sind weit verbreitet: »Die PDS ist genau so schlimm. Da müssen wir auch was gegen die PDS unternehmen.« Andauernd gibt es Verhandlungen um die Verwendung des Begriffs »Rechtsextremismus«, so auch bei einem Treffen der Bürgerinitiative mit dem Gemeinderat. Warum wir nicht auch gegen Linksextremismus seien, wird da gefragt. Sicherlich verurteilen wir jede Form von Extremismus, allerdings gibt es nun mal in unserer Gemeinde keinen Linksextremismus und laut den Verfassungsschutzberichten der vergangenen Jahre auch nur in sehr geringem Maße im restlichen Sachsen.
Auch bei einem Forum der Kandidaten zur Bürgermeisterwahl 2006 stellte sich nur der von uns geworbene Kandidat, Olaf Ehrlich, offen gegen Rechtsextremismus. Die beiden anderen Anwärter bekundeten hingegen – auch offen –, dass sie kein Problem mit der NPD hätten. Auf meine Nachfrage während des Forums an einen Mitbewerber nach seiner Posi-

tionierung meinte er sogar, dass er nichts gegen die NPD hätte, denn er hätte ja auch nichts gegen die GRÜNEN. Heute grüßt er mich nicht mehr, weil die Zeitung den Dialog abgedruckt hatte.

Die dörflich-gemeinschaftliche Geschlossenheit

Während bei Außenstehenden beim Blick auf die Entwicklungen in unserer Gemeinde die Warnsignale laut getönt haben mögen, gab es in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel keine öffentliche kritische Masse gegen die NPD. Je mehr jemand von außen versuchte, auf das Problem aufmerksam zu machen, umso mehr rückten die Einwohner zusammen. In einer kleinen Gemeinde, in der jeder jeden kennt, viele verwandt oder freundschaftlich verbunden sind, fällt das Ausgrenzen schwer.

Dazu kommt oft das oben genannte mangelnde Wissen über die NPD und die daraus resultierende Meinungsbildung an der sozialen Umwelt über diese Partei. Allerdings entstehen am dörflichen Stammtisch auch schnell bestimmte Dynamiken, so dass sich die Leute selbst bei bestehendem Wissen vorherrschenden Meinungen anpassen, die rassistisch und fremdenfeindlich sind. Darüber hinaus sprechen wir von einer Kommune mit etwa 1600 Einwohnern, in der die Möglichkeiten von unterschiedlichen Kontakten und Gruppenwechseln stark reduziert sind. Der GMF-Studie ist zu entnehmen, dass es in ländlichen Gegenden kaum möglich ist, dem sozialen Druck auszuweichen und – vor allem in Ostdeutschland – dass der wahrgenommene Konformitätsdruck deutlich höher ist als in der Stadt.
In der Gemeinde gab es lange Zeit keine öffentliche Artikulierung von demokratischen oder partizipatorischen Wertvorstellungen. Viele zögerten davor, sich offen gegen die NPD oder die rechten Jugendlichen zu stellen, weil sie unsicher geworden waren, ob die demokratische Meinung noch die Mehrheitsmeinung im Ort ist. Die Folgen sind Zurückhaltung und Schweigen.

> Erfahrungsbericht:
> Auch mein Bruder und ich hatten anfänglich Schwierigkeiten, Sympathisanten für unseren Wahlaufruf zu finden. Zum einen, weil wir bei Bürgermeister und Gemeinderäten auf Ablehnung stießen, zum anderen, weil wir der Ansicht waren, wir verträten eine Minderheitsmeinung. Das Wohnhaus unsere Eltern ist von Familienhäusern umgeben, in denen die Kinder entweder selbst der rechten Szene zuzuordnen sind oder wo man das Thema als nicht problematisch betrachtet. Umso erleichterter war ich dann, als man vereinzelt nach vorsichtigem Nachfragen und Erkundigungen offene Türen einrannte. Man hatte sozusagen auf »uns« gewartet.

Fazit

Da viele rechtsextreme Ideen und Gesinnungen einiger Mitbürger als »normal« angesehen werden, ist es schwer, diese zu problematisieren. Tut man dies, wird man deshalb angegriffen. Versucht man dann eine sachliche Diskussion zu führen, ist das Wissen des Gegenübers über Rechtsextremismus eher ernüchternd. Zudem besteht das von Heitmeyer beschriebene Phänomen der »selektiven Unaufmerksamkeit«. Das heißt, selbst wenn man ein Problembewusstsein für rechtsextreme Einstellungen besitzt, schaut man gerade innerhalb der dörflichen Gemeinschaft eher weg und stellt sie nicht in Frage. Dies hält wiederum die Reproduktionslogik des Modells aufrecht und nährt die menschenfeindlichen Einstellungen.

Eltern und Großeltern

> *stern* (32/2004):
> »… Lange schauten die Erwachsenen zu, aus Angst vor den eigenen Kindern oder Mobbing im Ort, andere einfach nur arglos, wie die Mutter, auf deren Wäscheleine eines Tages eine Nazifahne flatterte. Immerhin fragte ein Nachbar, ob sie wisse, dass diese Fahne verboten sei. Sie wusste es nicht. Das Ding von ihrem Sohn war einfach nur dreckig…«

Ein besseres Beispiel für diese Gruppe kann man nicht finden, um den meines Erachtens nach weitreichensten Faktor in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel zu thematisieren: Normalisierung – Schweigen – Duldung.

Normalisierung – Schweigen – Duldung

Wie erwähnt, existierte bis Ende 2002 ein Jugendclub in Schöna, in dem sich die Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) trafen. Auch Mario Viehrig verkehrte regelmäßig im Club, um Skat zu spielen, wie er sagte. Gegenüber dem *stern* erwähnte er, dass er die meisten Besucher in Ordnung fand, eingeschlossen die von der SSS. Viele dieser von Viehrig gepriesenen Jugendlichen standen bereits anlässlich rechtsradikaler Straftaten vor Gericht, u.a. wegen:

- Landfriedensbruch
- Gefährlicher/schwerer Körperverletzung
- Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz
- Volksverhetzung
- Hausfriedensbruch

Dies hat weder Konsequenzen im Zusammenleben, noch tut es der Stimmenzahl für den Gemeinderat Michael Jacobi Abbruch, dessen Sohn man dieser Jugendgruppe zuordnen kann und der sich offen zur SSS bekannte. Um Razzien durchzuführen, setzte das Land Beamte aus anderen Bundesländern ein. Der Grund: die Eltern von einigen Jugendlichen arbeiten für die Bundespolizei und die Justiz. Unter der Eltern- und Großelternschaft befinden sich aber auch Lehrer und sogar ein Gemeinderat, der nicht für die NPD im Kommunalparlament sitzt.
Kahlgeschorene Söhne werfen ihre Thor Steinar-Bekleidung in Muttis Waschmaschine, hören rechte Musik im Kinderzimmer und die Antwort der Eltern darauf ist: »Wir waren früher auch gegen das System.« Die Normalisierung hat Einzug gehalten in Reinhardtsdorf-Schöna. Und warum soll man etwas problematisieren, was offenbar normal ist? Die Schweigespirale dreht sich weiter. Viehrig sagt dazu: »So ein Hitlergruß hat noch keinen umgebracht« und dass er »schließlich auch mal jung war« (*stern*, 32/2004). Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit werden gebilligt und können so offen zur Schau getragen werden. Nachdem der Jugendclub geschlossen wurde, gab es, wie bereits eingangs erwähnt, immer wieder Bestrebungen, einen neuen Club zu eröffnen, ohne die bisherigen Probleme mit dem Treff thematisiert zu haben.

Erfahrungsbericht:
Einmal wurde ich von einem Bürger der Gemeinde angesprochen, ich solle doch nicht »immer auf der Jugend herumhacken«, was mache denn diese schon Schlimmes. Er, selbst Vater und bis vor kurzem auch im Vorstand der Feuerwehr, habe ja durch die Jugendfeuerwehr Kontakt mit den Burschen und die seien ganz harmlos. Einige dieser »Harmlosen« arbeiten auch in der Firma seines Vaters und sind seine Kollegen. Während der eine allein aufgrund seines äußeren Erscheinungsbildes der Skinheadszene zuzuordnen ist und beim Verfassungsschutz kein Unbekannter ist, stand der andere bereits vor Gericht. Er soll laut Polizei am »Tag der Sachsen« in Sebnitz einen der linken Szene zuzuordnenden Jugendlichen bewusstlos geschlagen und - als dieser am Boden gelegen habe - weiter auf dessen Kopf eingeprügelt haben. Das Gericht befand ihn für schuldig. Der Revisionsantrag läuft. Konsequenzen hat es für ihn in der Firma und im Ort nicht gegeben.

Fazit

Die Ergebnisse der im Rahmen des GMF-Projekts durchgeführten Erhebungen zeigen, dass ältere Menschen höhere Werte bei abwertenden und gewaltbilligenden Einstellungen aufweisen als Jugendliche. Jugendliche hingegen rücken in den Fokus der Aufmerksamkeit, weil ihre Gewaltbereitschaft höher ist. Heitmeyer spricht hier von einem sich ergänzenden Verhältnis der Generationen. Rechtsextreme Einstellungen können so weitergegeben werden. Daher haben gerade Ältere einen starken Einfluss auf Normalisierungsprozesse. Die Akteursgruppe »Eltern und Großeltern« trägt als Teil des Systems zu dessen ständiger Reproduktionswirkung bei.

Jugendliche

Nach der Schließung des Jugendclubs (Ende 2002) engagierten sich rechtsorientierte Jugendliche für ein neues Domizil. Unterstützung erhielten sie teilweise auch von Gemeinderatsmitgliedern. Die Gründe mögen unterschiedlich gewesen sein: während die einen die Ideologie teilten, hatten andere zumindest kein Problem mit einem rechten Club. Auch familiäre Beziehungen und der Wunsch nach Ruhe und Ordnung auf öffentlichen Plätzen dürften eine Rolle gespielt haben. Das Jugendamt forderte von der Gemeinde mehr Verantwortungsbewusstsein und Engagement für nicht-rechte Jugendliche und sprach sich unter diesen Umständen gegen einen neuen Jugendclub aus. Die Jugendlichen trafen sich nach 2002 in zwei Bauwagen: einer in Schöna und einer in Reinhardtsdorf. Während der erste auf dem Privatgrundstück eines Gemeinderates der Wählervereinigung steht, der sich wohl wegen seiner eigenen Kindern dazu veranlasst gefühlt haben dürfte, befand sich der andere (ohne Genehmigung des Besitzers) in Reinhardtsdorf am Waldrand. Nach erneuten rechtsextremen Vorfällen (siehe Seite 9 Stauds Beschreibung zum Führergeburtstag) wurden die Jugendlichen veranlasst, diesen Platz zu räumen. Interveniert hatte die Bürgerinitiative »Demokratie anstiften« gemeinsam mit dem damaligen Mitglied Pfarrerin Christiane Rau, da das verpachtete Land der Kirche gehörte.
Jugendliche ohne rechten Hintergrund sind in der Gemeinde in der Minderheit und treffen sich privat. In der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel gibt es keine offene Jugendarbeit. Das Projekt »JugendLand« mit dem Angebot der mobilen Jugendarbeit ist nicht wie in einigen anderen Gemeinden tätig. Folgende wesentliche Faktoren sind meines Erachtens besonders relevant für das Bestehen von Rechtsextremismus:

- Homogenität
- Konformitätsdruck/Soziale Ausgrenzung/Kaum alternative Gruppen
- Gewalt gegenüber Andersdenkenden und Menschen anderer Herkunft

Homogenität

Während sich früher die Homogenität der Jugendlichen auch in der Kleidung äußerte – gleicher Haarschnitt, gleiche Sweatshirts – hat sich das inzwischen geändert. Nur noch wenige sind heute aufgrund äußerer Erkennungsmerkmale der rechten Szene zuzuordnen. Das liegt auch daran, dass die typischen Marken – die selbst immer mehr lifestyle- und trendorientiert sind wie »Consdaple« oder »Thor Steinar« – unterdessen auch von anderen getragen werden. Beinahe eine komplette Generation, die der heute 18- bis 23-jährigen, fand keine anderen Identifikationsangebote als die der rechtsextremen Meinungsführer der Skinheads Sächsische Schweiz und deren Umfeld (heute 25- bis 35-jährig) Für die heute 12-Jährigen besteht entsprechend eine große Wahrscheinlichkeit, dass sie sich dem vorherrschenden Mainstream unterordnen. Entscheidend ist allerdings die Homogenität der Einstellungen. Die Ansichten werden als ähnlich wahrgenommen. Eine Diskussions- und Streitkultur wird aber durch Heterogenität von Einstellungen befördert. So gibt es unter den Jugendlichen kaum Widerspruch oder ein Durchbrechen der Schweigespirale. Auch das Phänomen der Konsensfiktion, welches die wechselseitige Angleichung von Einstellungen beschreibt, kann in diesem Zusammenhang an einem Beispiel eines Erfahrungsberichtes beschrieben werden.

Erfahrungsbericht:

Der Bruder meiner Freundin ist Mitglied der rechten Szene. Wir sind zusammen aufgewachsen, haben als Kinder miteinander gespielt und wohnen heute noch nebeneinander. Seine Freunde sind ebenfalls rechtsextrem und teilen somit ähnliche Einstellungen. Der Bruder hat aber auch seine eigenen Positionen an die der Gruppe angepasst. Im konkreten Beispiel: Er sagte, er wolle das System ändern, weil es so viele Arbeitslose gebe, die nur deshalb arbeitslos seien, weil so viele Ausländer hier wären. Ich wandte ein, dass die Arbeitslosenquote in unserer Gegend unter dem Bundesdurchschnitt liege, die Ausländerquote bei null, und fragte ihn, was er angesichts dessen für ein Problem mit dem System habe. Da wiederholte er die rechtsextreme Lehrmeinung, man müsse an die anderen Deutschen denken, denen es nicht so gut gehe. Er hat also ohne jegliche persönliche Erfahrung und gegen die Faktenlage die Ansicht internalisiert, dass Ausländer Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland sind.

Konformitätsdruck/Soziale Ausgrenzung/Kaum alternative Gruppen

In Verbindung mit homogenen Einstellungen stehen gruppenkonformes Verhalten und die Angst vor sozialer Ausgrenzung bei gleichzeitiger Wahrnehmung von Mangel an alternativen Gruppen. Wie vorangehend erwähnt, besteht in Reinhardtsdorf-Schöna der Konformitätsdruck schon allein wegen der Größe der Gemeinde. Es gibt in einem kleinen Ort weniger Möglichkeiten zur gegenseitigen Abschirmung von sozialen Kontexten und somit weniger Wege, dem sozialen Druck auszuweichen. Gerade Jugendliche sind auf der Suche nach sozialer Anerkennung in einer Gruppe. Wenn sie zudem die Chancen, in eine andere Gruppe zu wechseln, als gering einschätzen, so steigt die Angst vor sozialer Ausgrenzung.

Auf Reinhardtsdorf-Schöna bezogen bedeutet das Folgendes: Die rechten Jugendlichen, die fast ausschließlich zum mittleren Bildungsniveau gehörten, dominierten jahrelang das Dorfbild. Es schien »in« zu sein, ein Nazi zu sein. Wer dazu gehören wollte, wurde einer. Alternative Gruppen gab es kaum, was sicherlich auch mit Abwanderung und Selektionseffekten in Verbindung gebracht werden kann. Die Junge Gemeinde der evangelischen Kirche umfasste etwa 10 Jugendliche mit überwiegend höherer Bildungsreife. Es wollten sich aber nicht viele Jungen und Mädchen mit »der Kirche« beschäftigen. Im Naturfreundehaus gab es die »Rotfüchse« – eine Jugendgruppe, die sich vor allem mit der Natur befasste. Aber das waren eher Wenige und Jüngere, und die Gruppe ist auch seit längerem nicht mehr existent. Nicht-rechte Jugendliche sah man nicht als Gruppe in der Öffentlichkeit auftreten, sie trafen sich privat. Für Freunde suchende Jugendliche bietet sich erkennbar nur eine Gruppe an, die sich regelmäßig an einem festen Ort trifft, die gemeinsame Unternehmungen macht und in der einem das Gefühl vermittelt wird, anerkannter Teil des Ganzen zu sein – nämlich die Rechtsextremen. Es gibt Abende am Lagerfeuer bei Musik, man beschäftigt sich mit Geschichte und Heimat, trifft sich im Wald zu Wehrsportübungen und die anderen Mitmenschen haben Respekt oder Angst vor einem – das erscheint vielen als paradiesisches Angebot. Sich gruppenkonform zu verhalten bedeutet für »Mitläufer«: Verhaltens- und Einstellungsveränderung bringen mich in dieses Paradies sozialer Aufgehobenheit.

Inzwischen arbeitet man im Ort daran, einen neuen Jugendclub mit nicht-rechten Jugendlichen aufzubauen. Allerdings steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest, wie und von wem dieser Club fachlich und hauptamtlich betreut werden kann.

Gewalt gegenüber Andersdenkenden und Menschen anderer Herkunft

Einige Jugendliche aus unserer Gemeinde wurden bereits wegen Straftaten dem Richter vorgeführt. Viele rechtsextreme Straftäter haben aber kaum Sanktionen zu befürchten.

Pressemitteilung, Sächsische Zeitung (24. 01. 2002):

Milde Urteile für Neonazis

Geladene Zeugen wollten sich an nichts mehr erinnern. Eine prima Stimmung herrschte gestern im Pirnaer Amtsgericht. Die Angeklagten feixten bereits vor Prozessbeginn mit den bestellten Zeugen, einige lieferten sich gleich eine zünftige Schneeballschlacht. Auch vor Gericht demonstrierten die mutmaßlichen Mitglieder der rechtsradikalen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) Gelassenheit. Nur ein Angeklagter zeigte ab und an Emotionen. Der Rest blieb weitgehend stumm. Aus gutem Grund: Das Urteil wegen kollektiver Körperverletzung fiel äußerst milde aus: Fünf der sieben Angeklagten müssen eher symbolische Geldstrafen von rund 100 Euro bezahlen. Ein Täter wurde mit 90 Tagessätzen zu 10 Euro belangt. Die einzige Frau im Prozess wurde freigesprochen. Mit diesem Urteil blieb Richter Jürgen Uhlig weit unter der Forderung des Staatsanwaltes. Der hatte Bewährungsstrafen und saftige Geldbußen gefordert. Die Verteidiger plädierten auf Freispruch und hatten die besseren Argumente. Schließlich litt das gesamte Verfahren unter kollektivem Gedächtnisschwund fast aller Zeugen. Immer wenn es brisant wurde, setzte die Erinnerung aus. Schließlich sind die Vorwürfe bereits fünf Jahre alt.

Zeugen hatten Angst

1999 sollen Besucher einer Reinhardtsdorfer Kirmes mit vollen Bierflaschen beworfen und auch getroffen worden sein. Außerdem mussten sich einige Angeklagte wegen einer Disco-Schlägerei in Gohrisch verantworten. Ein Angeklagter soll illegal Sprengstoff besessen haben.

Die Zurückhaltung der geladenen Zeugen kann nicht weiter verwundern. Die Staatsanwaltschaft hatte nämlich auch Skinheads vorgeladen, denen in Dresden der Prozess gemacht wurde, weil sie in der SSS-Hierarchie weiter oben standen und schwere Straftaten verübt hatten. Der dortige Prozess endete mit Bewährungsstrafen und spielte auch in Pirna eine Rolle. Zeuge Daniel Betke hat dort nämlich ein umfassendes Geständnis abgelegt, von dem er gestern nichts mehr wissen wollte. »Ich habe dort einfach alles zugegeben«, so Betke. Das sei Teil eines Deals mit der Staatsanwaltschaft gewesen. Die wollte in Dresden unbedingt eine Verurteilung wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung erreichen, bekam sie auch und hat dafür dann sehr milde Urteile in Kauf genommen.

Es wird deutlich, dass nicht nur körperliche, sondern auch psychische Gewalt ein Mittel der Rechten ist. Wie bereits erwähnt, kamen Übergriffe auf Personen oder Einrichtungen aus Angst nicht zur Anzeige.

Erfahrungsbericht:
Nach der Kommunalwahl bekam die damalige Gemeindepfarrerin, die sich in unserer Bürgerinitiative engagierte, Anrufe, in denen man sie mit »Du linke Sau, Dir zeigen wir es« und ähnlichem bedrohte. Der PDS-Gemeinderat bekam diese auch schon lange vor der Wahl. Er gab außerdem an, dass man auf seinen Namen ein Pornoheft abonniert habe und die Räder seines Autos locker geschraubt worden seien.

Fazit

Durch fehlende Heterogenität von Einstellungen entsteht keine entscheidende Diskussions- und Streitkultur. Der Wunsch des Jugendlichen nach Zugehörigkeit und sozialer Anerkennung führt zur allgemeinen Anpassung nicht nur des äußeren Erscheinungsbildes, sondern auch zur Homogenisierung von Einstellungen und Verhalten, was eine kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus minimiert.

Organisierte rechtsextreme Gruppen

Da in der vorliegenden Analyse schon mehrfach auf die Aktivitäten der Rechtsextremen eingegangen wurde, soll diese hier nur noch kurz mit Blick auf folgende Schwerpunkte dargestellt werden:

- Hohes Bindungs- und Mobilisierungspotential
- Vertrauenskapital durch Alltagsarbeit
- Soziokulturelle Verankerung in der Dorfgemeinschaft

Diese sollen anhand einer Auflistung einiger Beispiele von Aktivitäten innerhalb der anderen Akteursgruppen gezeigt werden.

Auftritt als politische und ökonomische Elite

Es gelang der NPD, das Desintegrationsgefühl der Bürger durch einen Bürgerentscheid gegen die Fusion zu reduzieren.

Erfahrungsbericht:
Die NPD ist vor Ort. Man kann »sie« anfassen und fragen. Die Mitglieder zeigen Interesse für den »kleinen« Bürger. Uwe Leichsenring, ehemaliges Mitglied des Landtags in Sachsen, war bis zu seinem Tod sehr oft in der Gemeinde präsent: zur Kirmes, zu Weihnachten oder zu anderen öffentlichen Veranstaltungen, die NPD-Abgeordneten des Kommunalparlamentes ebenso. Sie sind Politiker, die sich auch außerhalb der Wahlperiode bei ihren Wählern regelmäßig zeigen und vor allem mit ihnen sprechen. Sie geben sich volksnah und das kommt an. Höhepunkt war der Bürgerentscheid über die Ortsfusion. Erstmals wurde auf NPD-Initiative Betroffenen Mitbestimmung eingeräumt. Es war ein geschickter Schachzug, der das Vertrauen und die Verankerung der NPD in der Bevölkerung nachhaltig stärkte.

Auftritt in öffentlichen Diskursen, Medien:

Jacobi und Viehring bedankten sich per Annonce als einzige bei ihren Wählern für die Stimmabgabe im Amtsblatt (in dem »Politisches« eigentlich nichts zu suchen hat).
Auf der Internetseite der NPD feierten sie den Bürgerentscheid gegen die Fusion als Sieg gegen die anderen »alten« Parteien und für das Volk.
Auf mehreren Veranstaltungen im Ort traten die NPD-Angehörigen geballt auf und ergriffen als erste das Wort, z. B. beim Patriotismus-Forum der CDU.

Erfahrungsbericht zum Patriotismusforum:

Der Bundestagsabgeordnete Klaus Brähmig (CDU) hatte im August 2005 nach Reinhardtsdorf zum »Forum über Patriotismus und Heimatstolz« geladen. Die Sächsische Schweiz ist sein Wahlkreis. Begleitet wurde er von CDU-Landrat Michael Geisler und dem ehemaligen sächsischen Kultusminister Matthias Rößler, heute »Patriotismusbeauftragter« der sächsischen CDU. Die Veranstaltung wurde erst am Morgen des Veranstaltungstages über Plakate bekannt gegeben. Demzufolge waren der ehemalige CDU-Bürgermeister Suddars und ich die einzigen nicht-rechten Vertreter aus dem Ort. Die Übrigen, etwa 50 Teilnehmer, waren von der Kreis-CDU und von der NPD. Uwe Leichsenring ergriff als erster nach Eröffnung der Diskussion das Wort und tat dies auch fortlaufend wieder, so dass er derjenige an diesem Abend war, der den größten Redeanteil an der Debatte hatte. Auf seine Sprüche wie »Es müsse ja nicht überall NPD draufstehen, wo NPD drin sei« gab es keine konsequenten Gegenreden. Am Schluss sangen die Besucher von CDU und NPD gemeinsam die Nationalhymne.

taz (13. 09. 2005):
»Schwarzer Wahlkampf mit braunen Parolen. In der Sächsischen Schweiz wirbt die CDU um Anhänger der NPD, indem sie deren Positionen teils kritiklos übernimmt. In Sachsen gerät erneut ein CDU-Bundestagsabgeordneter wegen seiner Nähe zu NPD-Positionen in die Kritik …
Klaus Brähmig war schon in der Vergangenheit durch teils skurrile Vorschläge aufgefallen. So sollten nach dem amerikanischen Mount-Rushmoore-Vorbild die Köpfe deutscher Unionskanzler in den Sandstein der Sächsischen Schweiz gehauen werden. In der DDR hat es nach Brähmigs Auffassung »hundert Prozent Arbeitslosigkeit« gegeben, weshalb man sich über die wenigen derzeitigen Prozente nicht weiter aufregen sollte. Den NPD-Erfolg bei der sächsischen Landtagswahl bagatellisierte der CDU-Bundestagsabgeordnete auf einer Tagung über Auswirkungen auf den Tourismus. Im Juli dieses Jahres antwortete er der Sächsischen Zeitung auf eine Frage nach den EU-Grenzkontrollen: »An der polnischen-ukrainischen Grenze wäre ein Stacheldraht oder ein Schutzwall ideal.« Brähmig ist bekennender Freund seines früheren Fraktionskollegen Martin Hohmann, der wegen einer als antisemitisch kritisierten Rede vor zwei Jahren aus der CDU ausgeschlossen wurde …«

Das massive Auftreten der NPD und ihrer Sympathisanten weist darauf hin, dass die Partei nicht nur in der Lage ist, Personen an sich zu binden, sondern diese auch noch in kürzester Zeit zu mobilisieren.
Außerdem zeigt das Beispiel, dass es prinzipiell zwar keine schlechte Sache ist, wenn demokratische Parteien Themen besetzen, die sonst allein von der NPD besetzt würden. Ganz und gar kontraproduktiv und gefährlich ist es aber, wenn demokratische Parteien die Haltungen und Argumente der NPD übernehmen und nationalistische, völkische oder fremdenfeindliche Äußerungen so salonfähig machen. Dies führt zu Normalisierungsprozessen. Rassistische und antisemitistische Äußerungen erhalten durch die Aussprache von Eliten eine scheinbare Legitimation. Des weiteren werden rechtsextreme Gedanken und Äußerungen von der Bevölkerung aufgegriffen und internalisiert, wenn sie nicht auf eine aktive öffentliche Auseinandersetzung stoßen.

Umgang mit den Bevölkerungsgruppen/Eltern und Großeltern:

Die Ängste der Menschen vor Ort werden von der NPD bewusst aufgegriffen. »Grenzen dicht für Lohndrücker« liest man auf Plakaten der NPD. Die Politikverdrossenheit wird ge-

spürt und mit »Jetzt reicht es« kurz und knapp auf den Punkt gebracht. Es gibt auch nur wenige, die die Slogans der NPD hinterfragen. Der Klärungsprozess der Masse bleibt aus. Es erscheint, als habe die NPD die Lösungen für die drängenden Probleme der Zeit. Zumindest gewinnt sie so Vertrauenskapital, weil sie die Themen des Alltags erkennt, benennt und besetzt.

Erfahrungsbericht:
Michael Jacobi und Mario Viehrig bringen sich aktiv in den Ort ein. So bemühte sich Jacobi etwa um ein neues Denkmal für im Zweiten Weltkrieg gefallene Kleingießhübler. Viehrig ist im Vorstand des Heimatvereins und immer zur Stelle, wenn es etwas zu planen, organisieren und durchzuführen gibt.
Eine Mitarbeiterin des in Kleingießhübel angesiedelten Alten- und Pflegeheimes berichtete, dass Jacobi gerade in der Wahlperiode 2004 besonders um die Bewohner des Heimes bemüht gewesen sei. Es habe Besuche gegeben und Jacobi habe sogar Erledigungen übernommen. Gekrönt habe er dies mit dem persönlichen Fahrdienst am Wahltag – Direktverbindung zur Wahlurne und zurück. So bindet er Wähler durch persönlichen Kontakt und Aktion.

Umgang mit den Jugendlichen

Die NPD macht Jugendarbeit. Ob im Kreis mit beispielsweise einem Kletterbund oder in Reinhardtsdorf-Schöna mit Besuchen des Mario Viehrig im damaligen Jugendclub. Viehrig ist intensiv um die Jugend bemüht. Wintersonnenwenden u. a. werden schon einmal für die Kids organisiert. Er kommt mit den Jugendlichen ins Gespräch. So verankert er soziokulturell die eigene Person und die NPD gleich mit.

Fazit

Betrachtet man nun abschließend die Arbeit der NPD in der Kommune, so fördern sie durch ihre Alltagsarbeit, ihre Bürgernähe und die von ihnen geschaffenen Partizipationsmöglichkeiten das Gefühl von Anerkennung und Integration in der Bevölkerung. Dies führt zur Stärkung der NPD und deren Ideologie. Allerdings ist zu bemerken, dass ohne eine menschenfeindliche Einstellung in der Bevölkerung die NPD keinen Zuspruch erfahren würde. Dies zeigt wieder, dass zwischen den einzelnen Faktoren des Reproduktionsmodells Wirkungszusammenhänge bestehen, durch die das System von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sich selbst stabilisiert.

Intervention

Zur Überwindung von Menschenfeindlichkeit rücken meines Erachtens folgende Schwerpunkte in den Vordergrund:

1. Erfahrungsproduktion (Integration, Kontrolle des eigenen Lebens)
2. Milieubildung (Partizipation, Anerkennung)
3. Personale und soziale Kompetenzentwicklung

Wie man um eine Umsetzung dieser Interventionskerne in der Gemeinde Reinhardtsorf-Schöna und Kleingießhübel bemüht ist, soll im Anschluss dargestellt werden.

Sozialraumanalyse

Das Kulturbüro Sachsen e.V. führte in den drei Ortsteilen eine Sozialraumanalyse durch. Ziel war es, Ideen für eine soziale und kulturelle Dorfentwicklung zu sammeln. Die Einwohner wurden nach ihren Problemen, Bedürfnissen und den dringenden Notwendigkeiten im Zusammenleben befragt. Außerdem sollten Ideen, Perspektiven und Wünsche der Bewohner erfasst und Handlungsoptionen überlegt, entwickelt und diskutiert werden. Zusätzlich erfasste man die Situation/Befindlichkeit bezüglich Rechtsextremismus und Diskriminierung[11]. Das Untersuchungsfeld ist in Tabelle 7 dargestellt. Es wurden 19 Personen, 7 männliche und 12 weibliche, befragt. Die Altersverteilung ist Tabelle 8 zu entnehmen. Neben den leitfadengestützten Experteninterviews wurden zwei teilnehmende

Beobachtungen durchgeführt. Zusätzlich wurden nach Hintergrundgesprächen Memoranden (Kurzprotokolle) angelegt. Aus diesem Gemeindeporträt sollten Handlungskonzepte abgeleitet und im Dorfentwicklungsprojekt umgesetzt werden.

Tab. 7: Untersuchungsfeld der Sozialraumanalyse[11]

Feld	Zahl	Beteiligte Personen
Gemeinderat	2	2
Sport	2	2
kulturelle Vereine	5	6
Ortshistorie/ Chronik	2	3
Sozialarbeit/ Jugendarbeit/ Junge Gemeinde	5	5
Wirtschaft/ Handwerk	4	4
Kirche/ Kirchenvorstand	2	2

Tab. 8: Altersverteilung in der Sozialraumanalyse[11]

Alter	
Altersspanne	Verteilung
14- 20 Jahre	2
20- 30 Jahre	4
30- 45 Jahre	5
45- 60 Jahre	3
60- 75 Jahre	4

Folgende Ressourcen zivilgesellschaftlichen Engagements wurden in der Sozialraumanalyse herausgearbeitet:

- Die bereits teilweise bestehende Zusammenarbeit der vielen örtlichen Vereine sollte vertieft und ausgebaut werden.
- Demokratie sollte im Alltag stärker gelebt werden. Einerseits soll dies durch intensivere Einbeziehung der Bürgerschaft in gemeindliche Entscheidungsprozesse geschehen, andererseits durch ein höheres demokratisches Bewusstsein in den Vereinen.
- Im Rahmen von niederschwelligen Angeboten zur Erwachsenenbildung (z.B. in Zusammenarbeit mit Vereinen) sollten Grundlagen demokratischen Zusammenlebens vermittelt werden.
- Jugendarbeit sollte unter Einbindung von Einwohnern und Vereinen erfolgen.
- Rechtsextremismus sollte offen thematisiert werden.
- Bestehende nachbarschaftliche Beziehungen nach Tschechien und Kontakte zur Partnergemeinde Walim (Polen) sollten gefördert werden.
- Zu schaffende öffentliche Treffpunkte sollten die Basis für Kommunikation und Verständigung bilden.
- Die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte, insbesondere der des 20. Jahrhunderts, sollte weiter fortgesetzt und verstärkt werden.

Die Aktivierung der Ressourcen gestaltet sich bis heute für das Kulturbüro eher schwierig. Durch den neuen Bürgermeister erhalten die Mitarbeiter jetzt zumindest von dieser Seite Unterstützung. Mit der Bürgerinitiative »Demokratie anstiften« wurde ein weiterer Kooperationspartner für bürgerschaftliche Projektarbeit gewonnen. In Kooperation mit den Einwohnern wurden u.a. folgende Projekte begonnen oder durchgeführt:

- Heimat-Bilderrätsel
- Ideenbörse für die weitere Ortsentwicklung
- Internationales Sandsteinprojekt im Steinbruch
- Neugestaltung des Internetauftrittes der Gemeinde
- Neue Tourismusbroschüre
- Vermieterversammlung mit Tourismusverband

Auf Einladung des Kulturbüros Sachsen e.V. begann der Caritasverband für Dresden e.V. im Jahr 2005, einzelne Aspekte der in der oben erwähnten Sozialraumanalyse aufgezeigten Entwicklungspotenziale und Perspektiven in einem eigenen Gemeinwesenprojekt in Reinhardtsdorf-Schöna umzusetzen. Insbesondere zu nennen sind hierbei:

- Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien, insbesondere durch Jugendaustausche, Vereinspartnerschaften und grenzüberschreitende Sandsteinsymposien im stillgelegten Reinhardtsdorfer Steinbruch
- Beteiligungsorientierte Arbeit an einer neuen Tourismuskonzeption für Reinhardtsdorf-Schöna in Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung, engagierten Bürgern und Bürgerinnen und dem Kulturbüro Sachsen e.V.

Neuer Bürgermeister

In der vorliegenden Analyse wurde auf Seite 14 bereits schon von der »Krise« wegen dem Fehlen eines Bürgermeisterkandidaten berichtet. Keine der demokratischen Parteien/Vereinigungen konnte einen Anwärter für den ehrenamtlichen Posten finden, während die NPD die Chance sah, einen ersten NPD-Bürgermeister zu installieren. Wieder gelangte die Gemeinde in überregionale Medien.
Die Bürgerinitiative sprach daraufhin den Gastwirt Olaf Ehrlich an und dieser sagte zu. Der 37-jährige Ehrlich ist ehemaliger Gemeinderat, anerkannt im Ort und engagiert sich in Vereinen. Später meldeten sich noch weitere Kandidaten, von denen sich allerdings niemand öffentlich von der NPD distanzierte, so wie Ehrlich dies tat. 634 Bürger, das sind 67,3 Prozent, stimmten im April 2004 bei einer Wahlbeteiligung von 68,74 Prozent für Ehrlich.
Folgende Wünsche an den neuen Bürgermeister erfasste die Sächsische Zeitung am Wahltag:

- Dem kleinsten Ortsteil mehr Beachtung schenken (»Kleingießhübel wurde bisher etwas stiefmütterlich behandelt«, so ein Einwohner).
- Demokratisch soll er sein.
- Das Geschaffene erhalten.
- Etwas für die Unternehmer und für die Jugendlichen tun.

Olaf Ehrlich hat neben vielen anderen positiven Neuerungen auch diese Anliegen berücksichtigt:

- Es gibt z.B. eine zusätzliche Bürgersprechstunde im Ortsteil Kleingießhübel.
- Er bietet Partizipationsmöglichkeiten für die Einwohner und bemüht sich um bürgerliches Engagement.
- Ein neuer Jugendclub steht vor der Eröffnung.

Bürgerinitiative »Demokratie anstiften«

Zur Landtagswahl im Jahr 2004 gab es einen Aufruf, den der jetzige Vorsitzende des Heimatvereins, Michael Wacker, mein Bruder Stefan Richter und ich entworfen hatten. Wir hatten die Hoffnung, durch den Aufruf einen nochmaligen sehr hohen Stimmenanteil für die rechtsextreme NPD in unserer Gemeinde verhindern zu können. Bis auf die beiden PDS-Gemeinderäte versagten uns die Kommunalpolitiker die Unterstützung. Dafür unterzeichneten über 60 Mitbürgerinnen und Mitbürger schließlich den Aufruf und er wurde durch uns an jeden Haushalt verteilt.

Dokument: Wahlaufruf der Bürgerinitiative zur Landtagswahl 2004

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger von Reinhardtsdorf, Schöna und Kleingießhübel,

in wenigen Tagen haben Sie die Wahl. Am 19.September 2004 wird der Sächsische Landtag gewählt. Viele Kandidatinnen und Kandidaten aus zahlreichen Parteien stehen zur Wahl. Dass Sie die Möglichkeit haben aus dieser Vielzahl zu wählen, verdanken wir der Demokratie, die in unserem Land besteht. Sie bietet uns den geeigneten Rahmen für die Vertretung von verschiede-

nen Interessen und Anschauungen in den Entscheidungsgremien. Sie gewährt uns die Freiheit und Gleichheit Aller durch die garantierten Grund- und Menschenrechte. Sie steht für Toleranz und freie Meinungsäußerung. Sie ermöglicht uns, dass wir uns als Bürgerinnen und Bürger aktiv engagieren, z.B. indem wir wählen. Sie ist eine Versicherung gegen autoritäre und rassistische Versuchungen, denn sie ermöglicht uns die Bildung von Oppositionen.
Oppositionen können hilfreich sein, weil sie neue Argumente einbringen können und uns somit zwingen, nachzudenken. Dieser Prozess treibt uns voran.
Es gibt aber auch Oppositionen, deren Argumente fadenscheinige Floskeln darstellen. Diese Parolen, die zwar den Nerv der Zeit treffen, da sie unsere Probleme ansprechen, können aber auch mühelos als leere Versprechungen entlarvt werden.
Eine dieser Parteien nutzt ganz absichtlich Ihren Unmut, Ihre wirtschaftlichen Probleme und privaten Sorgen aus, um Sie für ihre Zwecke zu manipulieren. Diese Partei ist die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).
Bei den letzten Kommunalwahlen am 13. Juni 2004 in Reinhardtsdorf, Schöna und Kleingießhübel wurden zwei Kandidaten dieser Partei mit 25 % der Stimmen in den Gemeinderat gewählt. Nicht nur dieses Ergebnis, sondern auch die Folgeaktionen der Medien rücken uns alle in ein schlechtes Licht. Einige Berichte der Medien sind zudem übertrieben und einseitig verfasst. Aber die Tatsache bleibt: jede 4. abgegebene Stimme war eine für die rechtsextremistische NPD.
Auch wenn wir die beiden gewählten Vertreter der NPD als Mitbürger achten, ihre Zuverlässigkeit bzw. ihr bisheriges Engagement für die Gemeinde anerkennen, lehnen wir dennoch die Partei ab, der sie angehören, weil:

- die NPD für die Einschränkung individueller Freiheitsrechte (z.B. Meinungsfreiheit) steht,
- die NPD die Gleichheit jedes Menschen ablehnt (Grund für Ausländerfeindlichkeit und Rassismus),
- die NPD eine Opposition in dem von ihr angestrebten politischen System nicht zulässt,
- die NPD sich am Nationalsozialismus anlehnt, mit dem Fernziel, dass »Deutsche Reich« wieder herzustellen und die NPD unsere Demokratie abwertet.

Diese politischen Zielstellungen der NPD wurden unter anderem durch das Sächsische Landesamt für Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht 2003 anhand von Aussagen/Materialien dieser Partei aufgezeigt. Anzumerken ist, dass eine Prüfung der Verfassungswidrigkeit der NPD durch das Bundesverfassungsgericht bisher (noch) nicht erfolgt ist.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
im Gegensatz zur NPD halten wir die von Freiheit, Gleichheit, Toleranz und freier Meinungsäußerung geprägte demokratische Gesellschaft für die geeignetste Form des menschlichen Zusammenlebens – auch auf Grund der Erfahrungen aus unserer deutschen Geschichte.
In diesen Tagen hört man oft die Meinung, auf die Politik könne man sich nicht mehr verlassen. Wir können die (meist aus der persönlichen wirtschaftlichen Lage abgeleitete) Unzufriedenheit, die zu dieser Auffassung führt, verstehen. Die Auffassung ist trotzdem falsch. Dies zeigt sich auch an vielen Dingen, die die Politik in den zurückliegenden Jahren – trotz schwieriger Rahmenbedingungen - für uns und unsere Gemeinde erreicht hat.
In unserer Demokratie gibt es keinen Zwang zu wählen.

Wir appellieren dennoch an Sie:
Gehen Sie zur Wahl! Frustwahl und Nichtwählen stärkt extremistische Parteien wie die NPD und schwächt unsere Demokratie!

Das örtliche Ergebnis der Landtagswahl hat uns allerdings gezeigt, dass hier mehr Arbeit zu leisten ist, um unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger davon zu überzeugen, dass die NPD keine Wahlalternative ist.
In den kommenden Monaten luden wir die weiteren Unterzeichner und interessierte Einwohner zu insgesamt drei Veranstaltungen ein. Ziel war es, überhaupt erstmals in Reinhardtsdorf-Schöna in einem größeren Rahmen über die Gründe und Ursachen des Rechtsextremismus und das Wahlverhalten in unseren Dörfern zu reden sowie uns Gedanken über weiter Schritte gegen den zweifellos vorhandenen Rechtsextremismus in den Köpfen einiger Mitbürger und -bürgerinnen zu machen. Am 24. 12. 2004 wurde zudem im Rahmen

des weihnachtlichen Krippenspiels in den Kirchen Reinhardtsdorf und Krippen das Thema Rechtsextremismus aufgenommen. Das Stück hatte ich selbst verfasst und teilweise Zitate aus der NPD-Wahlwerbung aufgegriffen.
Um die zukünftige Arbeit der Bürgerinitiative besser steuern zu können, fand sich aus der Reihe der Unterzeichner ein Koordinierungskreis für weitere Aktivitäten, der vom Mobilen Beratungsteam Pirna des Kulturbüros Sachsen e.V. unterstützt wird.
Anfang Januar 2005 wurden dem damaligen Bürgermeister Suddars die bisherigen Aktivitäten der Bürgerinitiative vorgestellt sowie Unterstützung für die Zukunft angeboten. Arno Suddars erklärte damals, dass er dies zur Kenntnis nehme. Mitte April 2005 informierten sich der SPD-Generalsekretär Klaus-Uwe Benneter und Vertreter der sächsischen SPD-Landtagsfraktion beim Koordinierungskreis über die Situation in Reinhardtsdorf-Schöna und über die Ziele der Bürgerinitiative. Die SPD-Vertreter boten Unterstützung und Hilfe an, reagierten allerdings nicht auf weitere Einladungen.

Die Bürgerinitiative engagiert sich für die Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten, Kontrolle über das eigene Leben und Integration und Anerkennung. Neben den bisher schon skizzierten Maßnahmen war und ist die Bürgerinitiative in folgenden Bereichen aktiv:

- Unterstützung von Bildhauerinnen bei der Vorbereitung und Durchführung von Schnupperkursen bzw. Seminaren für Jugendliche aus Reinhardtsdorf-Schöna zum Thema Sandsteinbearbeitung
- Unterstützung der Zusammenarbeit des Kulturbüros Sachsen e.V. mit der Gemeinde
- Bereitstellung von umfangreichen Informationsmaterialien zum Thema Rechtsextremismus und Demokratie

Die Bürgerinitiative weist bei ihrer Arbeit mit den Einwohnern darauf hin, dass es auch weiterhin wichtig ist, beispielsweise an Gemeinderatssitzungen teilzunehmen, um das vielmals stark vorhandene Interesse an der Zukunft der Gemeinde auch zu zeigen und die Arbeit der gewählten Gemeindepolitiker zu begutachten.
Im Rahmen der Weiterentwicklung der Bürgerinitiative wurde im Jahr 2004 sowohl ein Papier mit den strategischen Zielen der Bürgerinitiative verfasst als auch 2006 die Umbenennung von vormals »Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus« in Bürgerinitiative »Demokratie anstiften« durchgeführt.

Selbstverständnis der Bürgerinitiative »Demokratie anstiften« – Bürgerinitiative in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel

Unser Selbstverständnis:
Wir sind Bürgerinnen und Bürger aus den Orten Reinhardtsdorf, Schöna und Kleingießhübel, die sich für ein von Demokratie und Toleranz geprägtes Zusammenleben in unserer Gemeinde einsetzen. Wir sprechen uns gegen jede die demokratische Grundordnung in Frage stellende Einstellung aus. Wir wollen in der Sächsischen Schweiz leben und finden uns nicht damit ab, wie Rechtsextreme das Bild unserer Orte dominieren und die Region in Verruf bringen. Die Wahlen im Jahr 2004, deren Ergebnisse zu unserer Gründung führten, und die nachfolgenden Ereignisse gaben uns häufig nur die Möglichkeit einer Reaktion. Uns ist es aber wichtig, zunehmend eine aktive Rolle einzunehmen. Wir wollen mit den ortsansässigen Vereinen, der Kirchengemeinde und interessierten Einzelpersonen kooperieren, gemeinsam die demokratische Kultur in unserer Gemeinde stärken und so den Einfluss extremistischer Kräfte zurückdrängen.

Unsere Ziele: Demokratie – Gegen Extremismus – Kulturförderung

Demokratie
Wichtig ist für uns, dass die Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde als ein schützenswertes Gut erfahrbar und erlebbar wird. Demokratie ist für uns mehr als die Schaffung von Arbeitsplätzen, es ist die Verteidigung und Stärkung der Grund- und Menschenrechte für jeden, unabhängig von Herkunft und Religion. Demokratie heißt Mitbestimmung. Jede Bürgerin und jeder Bürger soll die Chance haben, sich in die Entwicklung unserer Gemeinde entsprechend ihrer/seiner Möglichkeiten einzubringen.

Gegen Extremismus
Sich für die Demokratie stark zu machen heißt für uns konkret, rechtsextremistischen Erscheinungen in ihrer ganzen Vielfalt couragiert entgegen zu treten. Dabei meinen wir nicht nur den parteipolitischen Rechtsextremismus in Gestalt der NPD, sondern auch rechtsextreme Erscheinungen in der Jugendkultur sowie rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Vorurteile.

Kulturförderung
Wir wollen kulturelle und touristische Veranstaltungen sowie Projekte initiieren und durchführen, die unser Anliegen nach einem toleranten und mitmenschlichen Zusammenleben in unserer Gemeinde unterstreichen. Gleichzeitig wollen wir die Vorteile, die sich aus der Grenzlage unserer Gemeinde ergeben, betonen und erlebbar machen.

Maßnahmen
Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern demokratische Verfahren, Institutionen und Zusammenhänge näher vorstellen sowie deren Vorteile und Grenzen aufzeigen. Dies soll vornehmlich durch Vertreter von Parteien und Institutionen im Rahmen von Veranstaltungen erfolgen. Hierzu werden wir besonders Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Vertreter von Behörden und Gerichten ansprechen.

Zu den Aktivitäten der Bürgerinitiative gehörten unter anderem zahlreiche Informationsveranstaltungen, etwa zu »Wahl- und Parteiprogramm der NPD«, »Die Gemeinde in der Zeit des Nationalsozialismus« oder zum Thema »Tourismus«. Mit dem Kulturbüro Sachsen e.V. und dem Caritas-Verband wurde ein Dorfprojekt in Reinhardtsdorf-Schöna etabliert. Mit dem Theaterstück »Der Kick«, einem Gastspiel des Staatsspielhauses Dresden, holt die Bürgerinitiative in Zusammenarbeit mit dem Kulturbüro Sachsen ein kulturelles Highlight mit thematischem Bezug nach Reinhardtsdorf-Schöna.

Erfahrungsbericht:
Die Bürgerinitiative hatte bisher nicht nur mit weiter unten beschriebenen äußeren Widerständen zu kämpfen, auch Veränderungen der Mitgliederschaft bedeuteten eine Herausforderung. So wurde Pfarrerin Christiane Rau vom Landeskirchenamt der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen aus Reinhardtsdorf-Schöna abgezogen, weil die Mitgliederzahl der Kirchengemeinde für eine Pfarrstelle zu gering geworden war. Als eine sehr aktive Mitstreiterin fehlt sie akut bei der Arbeit der Bürgerinitiative. Sie stellte eine Persönlichkeit im Ort dar, deren Stimme Gewicht hatte. Hinzu kommen Probleme mit dem bisherigen Treffpunkt und Veranstaltungsort der Bürgerinitiative – dem Pfarrhaus. Der Kirchenvorstand, darunter die Frau eines von der Bürgerinitiative oft kritisierten Gemeinderats, hat entschieden, dass die Bürgerinitiative jetzt Miete für die Raumnutzung im Pfarrhaus bezahlen muss, obwohl viele Mitglieder der Bürgerinitiative Kirchenmitglieder sind.
Schwer getroffen hat die Bürgerinitiative auch der Tod eines sehr engagierten und fachlich kompetenten Mitstreiters, Thomas Hering. Seine ebenfalls bisher stark engagierte Frau Hannelore Hering hat sich zugleich aus dem aktiven Bereich der Bürgerinitiative zurückgezogen. Dadurch sind derzeit nicht schließbare personelle Lücke entstanden.
Alle Mitglieder des Koordinierungskreises sind zusätzlich in anderen Vereinen aktiv und viele auch berufstätig. Besonders bewundernswert ist der Mut einer in unmittelbarer Nachbarschaft von Michael Jacobi wohnenden Familie, die sich auch trotz gesundheitlicher Schwierigkeiten zu jedem Treffen einfindet. Ebenfalls entscheidende Rollen in der Bürgerinitiative spielen der Gemeinderat Ernst Fink (PDS) und der Heimatvereinsvorsitzende Michael Wacker. Sie gehören auf Grund ihres Amtes zu den so genannten Eliten im Ort. Ihre Stimmen sind unverzichtbar bei diesem Thema.
Wir müssen bei unserer Arbeit als Bürgerinitiative immer wieder betonen, dass wir überparteilich demokratiefördernd handeln. So wie überall, wo sich Menschen zusammenfinden, besteht auch unsere Gruppe aus Personen, die unterschiedlichen demokratischen Parteien angehören bzw. deren Sympathisanten sind. Trotz alledem gelten wir in der Gemeinde als »Die Roten«. Dieses in unserer konservativ geprägten Gemeinde schnell formulierte und gepflegte Vorurteil führt immer wieder zu Schwierigkeiten bei

der Arbeit der Bürgerinitiative. Ein anderer Grund für schwierige Aktionsbedingungen dürfte ein inhaltlicher sein: die offene Ansprache des Themas Rechtsextremismus. Die Bürgerinitiative gilt als Nestbeschmutzer, denn man gibt uns eine Teilschuld für das schlechte Image des Ortes. Der andere Teil der Schuld wird, wie schon berichtet, der Presse zugeschoben. Der Gemeinderat Ernst Fink ist bis heute Übergriffen ausgesetzt, etwa fand er in letzter Zeit mehrmals sein Auto mit platten Reifen vor. Ich werde von vielen nicht mehr gegrüßt. Positiv zu vermelden ist, dass der neue Bürgermeister zu einem festen Ansprechpartner der Bürgerinitiative geworden ist und uns hilft, wo er kann.
»Partizipationsmöglichkeiten schaffen« soll eine Strategie gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sein, allerdings stellen wir immer wieder fest, dass die Bewohner der Gemeinde die Möglichkeiten wenig nutzen. Die Älteren vertreten die Auffassung, dass die Jüngeren jetzt an der Reihe seien, und ziehen sich zurück. Außerdem scheint mir das Nachkriegsregime eine Rolle zu spielen. Man ist oft mit den Aussagen konfrontiert, dass der Staat die Probleme lösen müsse. Wahrscheinlich muss erst Demokratie erlebbar gemacht werden und positive Erlebnisse mit demokratischen Prozessen geschaffen werden. Auch Demokratie muss erlernt werden.

»… doch im Alltag von Reinhardtsdorf-Schöna dürfte es genauso wichtig sein, von Zeit zu Zeit einfach einmal Mut zugesprochen zu bekommen.« (Staud, 2007). Die Gedanken an das Aufhören sind oft präsent. Mario Viehrig sagte in einem Interview, wir werden sehen, wer den längeren Atem hat.

Zusammenfassung

Im Kapitel »Die Reproduktion einer menschenfeindlichen Kultur« wurde dargelegt, welche Mechanismen in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel zur Stabilisierung des Reproduktionssystems und somit der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit führen. Es wurde gezeigt, wie ein wahrgenommener Mangel an Partizipationsmöglichkeiten auf Einstellung und Verhalten, auf Symptome wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus Einfluss nehmen kann. Es lässt sich außerdem registrieren, welche Wirkung öffentlich geführte Diskurse auf die Meinungsbildung der Einwohner haben. Das zusätzlich als stark wahrgenommene Ausmaß an normativem Druck und die Angst vor sozialer Ausgrenzung führen zum einen zu gruppenkonformem Verhalten und zum anderen zu einer Spirale des Schweigens. Normalisierungsprozesse tun das Übrige. Menschen fürchten so die öffentliche Positionierung gegen Rechtsextremismus, da sie der (falschen) Wahrnehmung unterliegen, dass sie einer Minderheit angehören. Die Darstellung der Medien, allgemeine Wirtschaftsprobleme und die damit verbundene Abwanderung aus ländlichen Regionen sowie ein Gefühl von Desintegration ergänzen das Bild. Ferner dürften auch das erfahrene Sozialisationsmuster und somit das individuelle gesellschaftspolitische Verantwortungsbewusstsein eine Rolle spielen.
Die im Kapitel »Interventionen« dargestellten Aktivitäten stellen Beispiele dar, mit denen versucht wird, die Reproduktionslogik des Modells zu durchbrechen. Zu ihnen gehören das Schaffen von Partizipationsmöglichkeiten, die Kontrolle über das eigene Leben, Integration und Anerkennung.

Ziehe ich eine Bilanz aus drei Jahren Arbeit in der Bürgerinitiative »Demokratie anstiften«, so lässt sich Folgendes festhalten:

1. Ohne die politischen und ökonomischen Eliten an der Seite zu haben kämpft man oft auf verlorenem Posten.
2. Eine Arbeit von Außenstehenden allein wird wenige Früchte tragen, wenn nicht im System selbst Mitstreiter gefunden werden.
3. Es ist nicht entscheidend, wie viel Geld man zur Verfügung hat, sondern dass Menschen öffentlich gegen Rechtsextremismus auftreten, wobei allerdings die Position der Personen im Ort eine Rolle spielt (Eliten).
4. Man sollte die NPD-Anhänger weder über- noch unterschätzen und sie korrekt behandeln. Wir wollen unsere Demokratie schützen und deren Werte vermitteln, das erreichen wir nicht, indem wir Rechtsextremen allgemeine Rechte verwehren und ihnen so

die Möglichkeit geben, sich als Märtyrer aufzuführen. Sie trotzdem zu grüßen ärgert sie viel mehr als auf die andere Straßenseite zu gehen. Und keine Angst vor ihnen zu haben erst recht.

5. Die Entwicklungen nach dem Verbot der Skinheads Sächsische Schweiz im Jahr 2001 haben gezeigt, dass ein NPD-Verbot nichts bringen wird. Auch heute noch sind ehemalige SSS-Mitglieder bei uns aktiv.
6. Es ist wichtig, Themen zu besetzen, damit die NPD sich mit diesen nicht profilieren kann, auch wenn das zeitweise zum Wettlauf wird.
7. Es ist wichtig, sich gegen die Aussage zu stellen, dass die PDS genau so schlimm sei.
8. Nicht dem Irrtum unterliegen, dass Rechtsextremismus nur ein Problem der Jugend ist, aber trotzdem einen Schwerpunkt auf Jugendarbeit legen. Die NPD tut dies sehr intensiv.
9. Normalisierungsprozesse zu thematisieren, die Schweigespirale zu durchbrechen und die Eliten in ihren öffentlichen Diskursen zu sensibilisieren sehe ich in Reinhardtsdorf-Schöna als größte Herausforderung.
10. Ständige Selbstreflexion in der Gruppe, Zieldefinierung und Austausch untereinander, sowie Motivation aufrechterhalten und Zusammenarbeit mit Experten.
11. Man sollte sich klar darüber sein, dass man sich nicht unbedingt Freunde macht. Man wird vielleicht an einigen Stellen sozial ausgegrenzt, aber dafür an anderen mit offenen Armen empfangen.
12. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus ist eine langwierige Arbeit, die Geduld erfordert.

> »Handle, als würde das, was Du tust, einen Unterschied machen.
> Denn das tut es!«
> *Martin Geiger*

Nachwort aus dem Januar 2008: Derzeitiger Stand

Nach einer gut besuchten Veranstaltung zum Thema »Verbesserung der Öffentlichkeitswirksamkeit der Bürgerinitiative« im Oktober 2007, bei der Aktivitäten, mögliche Partner und eigene Kompetenzen herausgearbeitet wurden, bekamen wir eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten von Einwohnern. Des weiteren ist Hannelore Hering in den Koordinierungskreis zurückgekehrt und 4 neue Mitglieder sind ihm beigetreten. Es gibt nun also 11 Mitglieder, die die Veranstaltungen und Vorhaben der Bürgerinitiative planen. Zusätzlich sind wir auf der Internetseite der Gemeinde www.reinhardtsdorf-schoena.de präsent. Als zukünftiger Treffpunkt der Bürgerinitiative ist der Jugendclub nach dessen Eröffnung vorgesehen. Absprachen wurden bereits mit den Jugendlichen getroffen, denen wir damit auch unsere Unterstützung signalisieren wollen.

Unschöne Erlebnisse gibt es nach wie vor. Der Fernsehsender 3sat hat im September einen Beitrag über Rechtsextremismus in der Sächsischen Schweiz ausgestrahlt und dazu einen schriftlichen Beitrag auf den Internetseiten von 3sat veröffentlicht. In Vorbereitung des Filmbeitrags wurden von 3sat Interviews mit dem Bürgermeister und mit mir als Vertreterin der Bürgerinitiative »Demokratie anstiften« geführt. Trotz entsprechender Hinweise an die Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders wurde wiederum die Situation in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel verkürzt und überspitzt dargestellt. Dies ist keineswegs hilfreich für eine in unserer Gemeinde weiterhin notwendige Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren menschenverachtenden und damit verfassungsfeindlichen Einstellungen. Es bleibt festzustellen, dass Journalisten frei sind, in welchem Umfang und wie sie über ein Thema berichten. Im Nachgang zur Veröffentlichung hat natürlich eine Auseinandersetzung mit dem Beitrag stattgefunden, allerdings sah diese so aus, dass der Bürgermeister und ich wieder einmal beschuldigt wurden, die Gemeinde in Verruf zu bringen, und mir unterstellt wurde, dass ich mich lediglich profilieren wolle.

2008 erhalten wir allerdings für unsere Arbeit eine Auszeichnung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz aus Berlin. Ferner wird 2009 ein neuer Gemeinderat gewählt. Es gibt also viel zu tun.

Was tun?
Demokratieentwicklung in Sachsen am Beispiel Reinhardtsdorf-Schöna

Grit Hanneforth, Friedemann Bringt

Grit Hanneforth und Friedemann Bringt sind Geschäftsführung und Projektleitung des Kulturbüros Sachsen e.V., das seit sieben Jahren Träger des Mobilen Beratungsteams in Sachsen ist.[12]

Die Rolle der »Älteren« bei Demokratiedefiziten

Die Wahrnehmung von Demokratiedefiziten in unserer Gesellschaft erlangt immer wieder bei Einzelereignissen mediale Aufmerksamkeit, zum Beispiel bei Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien oder bei Übergriffen auf ausländische, anders denkende oder aussehende Bürgerinnen und Bürger. In viel geringerem Umfang wird öffentlich wahrgenommen, dass es Rechtsextremen bereits in vielen Kommunen gelingt, sich in bürgerschaftlichen Kreisen zu verankern: bei sogenannter »nationaler Jugendarbeit«, als Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, als Übungsleiter im Sportverein, beim Vorsitz in Heimatvereinen, bei der Ausrichtung dörflicher Feste, als Kommunalpolitiker im Kampf um eine bezahlbare Abwasserentsorgung etc.. Auf Einzelereignisse folgen mehr oder weniger gut recherchierte Medienberichte, Erschrecken, Bestürzung, Hilflosigkeit und die Frage: »Was kann man tun?« Jedes singuläre Ereignis dieser Art aber hat eine lange Vorgeschichte – der Missachtung der Menschenrechte und der Infragestellung des demokratischen Grundkonsenses unserer Gesellschaft. Es ist die Geschichte vom Wegschauen, Schweigen, Verdrängen und Ignorieren menschenfeindlicher Einstellungen und demokratiefeindlicher Potenziale. Der von Politikern aller demokratischen Parteien immer wieder zitierte Ruf nach Zivilcourage beschreibt nur das Ziel, aber er sagt nichts über den Weg, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

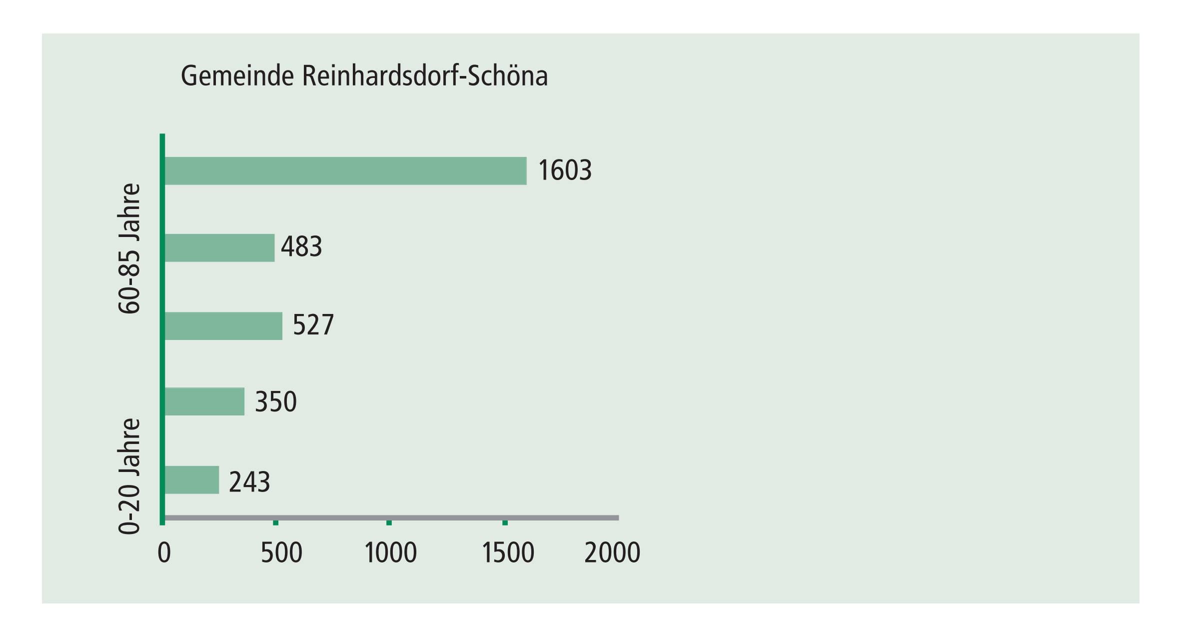
Ein möglicher Weg vom demokratischen Wollen zum demokratischen Handeln ist Gegenstand dieses Artikels. Rechtsextreme Erscheinungen sind kein Problem der Jugend alleine. Angesichts der demographischen Zusammensetzung und der Trends der Bevölkerungsentwicklung ist es notwendig, sich besonders mit einer Gruppe von Menschen zu beschäftigen, die man allgemein die »Älteren« nennen könnte. Außer als Abgeordnete der NPD fallen »Ältere« in der öffentlichen Berichterstattung über rechtsextreme Erscheinungen kaum auf. Die Gruppe der »Älteren« ist präsent durch Auslassung, durch Nicht-Präsenz, durch Schweigen, durch Sich-Nicht-Verhalten zu der jeweiligen Situation. Einzig Amtsvertreter und -vertreterinnen äußern sich zum jeweiligen singulären Ereignis und das auch häufig unklar. So zeigen etwa wenige Politiker oder Bürgermeister in den Medien Empathie und Solidarität für Opfer rechtsextremer Übergriffe. Es lohnt sich, den Blick auf die Gruppe derer zu richten, die den Großteil unserer Gesellschaft ausmachen und die eher im Hintergrund stehen, wenn es um die Wahrnehmbarkeit von Demokratiedefiziten geht. Die Altersgruppe »35+« oder eben: die »Älteren«.

Wer sind die »Älteren«? Wo sind sie anzutreffen?

Den »Älteren« kommt bei den Ergebnissen der Untersuchung zur Gruppenbezogenen Menschfeindlichkeit (GMF) eine besondere Bedeutung zu. Sie sind diejenigen, die eine steigende Affinität zur GMF in fast allen Bereichen aufweisen. Deshalb ist es notwendig, für diese Gruppe über konzeptionelle Zugänge und Methoden nachzudenken und damit mögliche Wirkungsunterbrechungen in der GMF zu beschreiben. Hintergrund für die hier vorgestellten konzeptionellen Zugänge und Methoden ist die 7-jährige Erfahrung aus Gemeinwesenberatungs- und Demokratisierungsprozessen der Mobilen Beratungsteams (MBT) und die Projekterfahrungen aus einem kürzlich beendeten vergleichenden Dorfentwicklungsprojekt des Kulturbüros Sachsen e.V. in zwei Kommunen der Sächsischen Schweiz: Reinhardtsdorf-Schöna und Bahretal. Dabei wird hier im Besonderen mit Bezug auf den vorhergehenden Text auf die Kommune Reinhardtsdorf-Schöna eingegangen.
Aus unserer Beraterperspektive ist eine Klassifizierung in homogene Altersgruppen wenig hilfreich. Jenseits der Schule haben wir es in allen Beratungsprozessen mit altersgemischten

Gruppen zu tun. Die Gruppe der »Älteren« begegnet uns in Gelegenheitsstrukturen – also in sozialräumlichen, rollenbezogenen, beruflichen, themenbezogenen und zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen. Aus der Praxisperspektive interessiert uns diese Gruppe, da sie:

1. den Großteil der Partnerinnen und Partner in der zivilgesellschaftlichen Beratungs- und Projektarbeit stellen;
2. im Zusammenhang mit singulären Ereignissen, die die Demokratiedefizite unserer Gesellschaft für einen Moment für alle sichtbar machen, nicht oder kaum auftauchen;
3. im Rahmen der Befragungen zur GMF hohe Affinitäten aufweisen;
4. in allen Gelegenheitsstrukturen anzutreffen sind;
5. als Eltern, Verwandte, Übungsleiter, Lehrerinnen oder einfach Vorbilder für jungen Menschen und deren Orientierungen und Handeln wichtig sind.



Bevölkerungszahl der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna (Stand 01. 01. 2007)

Folgende Gelegenheitsstrukturen finden wir im Gemeinwesen:

- Sozialräumliche Gelegenheitsstrukturen: alteingesessene und »neue« Bewohner und Bewohnerinnen verschiedener geografischer Räume und sozialer Systeme (Dörfer, Ortsteile, Stadtquartiere etc.);

- Berufliche Gelegenheitsstrukturen: beruflich für das Gemeinwesen Verantwortung tragende Personen und Gruppen (Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, Kommunalverwaltung, Professionelle in sozialen, kulturellen und religiösen Einrichtungen, in kommunalen und freien Bildungseinrichtungen, in der Tourismusbranche und in lokalen (mittelständischen) Unternehmen);

- Rollenbezogene Gelegenheitsstrukturen: selbstermächtigte Bürger: an praktischer soziokultureller Projektarbeit im konkreten Lebensalltag interessierte Bewohnerinnen und Bewohner, Gemeinderäte, ehemalige und aktuelle Meinungsführerinnen und Meinungsführer (vor der Wende und heute);

- Themenbezogene Gelegenheitsstrukturen: Tourismusentwicklung (Ferienwohnung), Umwelt- und Landschaftsschutz, Kirchengemeinde, Jugendarbeit, Seniorengruppe, Fußballverein (oder Sportverein), Feuerwehr, verschiedene kulturelle Vereine (Heimatverein, Karnevalsclub, Chöre etc.), Formen der Selbstorganisation von Bürgern und Bürgerinnen in der Zivilgesellschaft (Bürgerinitiativen etc.);

- Zivilgesellschaftliche bzw. »politische Gelegenheitsstrukturen«[13]: Offenheit und Ge-

schlossenheit eines Systems, im Sozialraum vorhandene immaterielle Ressourcen (persönliche und intellektuelle Ressourcen, Interessennähe, soziales Kapital, Netzwerkbildung), Timing (Ereignis- und Thementiming) sowie Staatslernen (Anpassungsprozesse).

Die MBT – Arbeit mit »Älteren«
am Beispiel des Beratungsprozesses Reinhardtsdorf-Schöna

Reinhardtsdorf-Schöna ist im vorhergehenden Kapital ausführlich aus Sicht einer engagierten Bewohnerin vorgestellt worden. An dieser Stelle soll der Ort telegrammartig und aus Sicht externer Berater und Beraterinnen für Demokratieentwicklung[14] dargestellt und konzeptionelle Zugänge und Methoden zu der in Gelegenheitsstrukturen anzutreffenden Gruppe der »Älteren« aufgezeigt werden.

Telegrammartige Situationsdarstellung Reinhardtsdorf-Schöna (2002–07):

Beispielhaft werden hier die »Älteren« in den jeweiligen Gelegenheitsstrukturen benannt, die entweder zur Situation beigetragen haben oder durch Wegschauen, Schweigen und Ignorieren zu Personengruppen werden, die diese Ereignisse mittragen. Wir beschränken uns dabei auf exemplarische Beispiele:

- Beratungszugang über Probleme im Jugendclub (Jugendclub wurde aufgrund rechtsextremer Propagandadelikte geschlossen, sofortige Neueröffnung konnte verhindert werden, da Teile der rechtsextremen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) im Clubvorstand vertreten waren) (politische Gelegenheitsstruktur: geschlossenes System Dorf, keine Debatte über den Versuch der Übernahme eines Jugendclubs durch die SSS; berufliche Gelegenheitsstruktur: Position des Bürgermeisters, »Das sind doch unsere Jugendlichen im Dorf«, Meinungsbildner);
- Übergriffe im lokal ansässigen Naturfreundehaus auf westdeutsche Jugendliche durch rechtsextreme Jugendliche des Ortes (politische Gelegenheitsstruktur: geschlossenes System – die westdeutschen Jugendlichen gehören nicht zu uns und erfahren keine öffentliche Solidarität);
- kein klarer Beratungsauftrag durch das Naturfreundehaus oder die Kommunalverwaltung für das MBT, daher stetige Skandalisierung des Problems in der lokalen Öffentlichkeit;
- Bürgerinitiative »Demokratie anstiften« wurde im Ort nach den erschreckend hohen Wahlergebnissen für die NPD bei den Kommunal- und Landtagswahlen 2004 gegründet (rollenbezogene Gelegenheitsstruktur: selbstermächtigte Bürgerinnen und Bürger im Gemeinwesen wollen eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, werden aber von der überwiegenden Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner als Nestbeschmutzer ausgegrenzt);
- erste Diskurse in der Gemeinde zum Thema Rechtesextremismus waren schwierig, da Bürgerinnen und Bürger Angst hatten, sich öffentlich zu äußern (sozialräumliche Gelegenheitsstruktur: Alteingesessene, die meinungsbildend sind, schweigen zu der Thematik oder äußern sich kritisch zur Thematisierung des Rechtsextremismus);
- Diskurs über Rechtsextremismus in Teilen der Bevölkerung, die eher eine Außenseiterrolle einnehmen;
- MBT bekommt von der Bürgerinitiative Beratungsauftrag (politische Bildung, Organisationsentwicklung, Vernetzung);
- Schweigespirale zu Themen wie Umgang mit rechtsextremen Erscheinungen, Übergriffen und Kräften (Gruppen Jugendlicher, gestützt durch NPD-Mitglieder, deren Sympathisanten und eine schweigende Mehrheit), Grund: wer tabuisierte Themen (hier Rechtsextremismus und Demokratiedefizite) benennt, stellt sich außerhalb des hegemonialen Diskurses der Dorfgemeinschaft;
- Schuldumkehr: wache Demokratinnen und selbst-kritischen Bürger werden von vielen Dorfbewohnern und -bewohnerinnen als »Nestbeschmutzer« gesehen;
- Erlangung der lokalen Diskurshoheit: Erstaunen über die Wahlergebnisse konnte mit Hilfe lokaler Meinungsführer (Pfarrerin, Bürgermeisterkandidat, lokale Schlüsselpersonen) und der Lokalpresse in die öffentliche Meinung umgewandelt werden, dass die Wahlergebnisse nicht vom Himmel fallen, sondern auf die tabuisierte dauerhafte Verankerung rechtsextremer Strukturen im Ort und eine geschickte bürgerorientierte Kommunalpolitik der NPD-Gemeinderäte zurückzuführen sind;

- demokratischer Kandidat wird mit Hilfe der Bürgerinitiative Bürgermeister im Ort (NPD kandidiert nicht);
- Kulturbüro Sachsen e.V. etabliert zweijähriges Gemeinwesenprojekt im Ort;
- MBT erhält vom neuen Bürgermeister Beratungsauftrag (Strategiebildung im Umgang mit rechtsextremen Akteuren im Ort).

Ausgangs- und Startbedingungen für das Dorfentwicklungsprojekt
Die Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna kann als ein im Umbruch befindlicher Sozialraum beschrieben werden. Der Ort ist seit mehreren Jahren Mittelpunkt rechtsextremer Aktivitäten sowohl in Bezug auf die Jugendkultur als auch in der Etablierung politischer Strukturen. Ende 2002 wurde der Jugendclub nach rechtsextremen Vorfällen geschlossen. Der Aufbau eines neuen Clubs wurde eingestellt, nachdem sich die Gefahr abzeichnete, dass er erneut von der rechten Szene unterwandert werden könnte. Medienpräsenz im Ort, landesweite Berichterstattung, ein starker Imageverlust und ein Rückgang der Gästezahlen waren und sind die Folgen. Die erhöhte mediale Aufmerksamkeit führte so zu einem negativen, destruktiven Effekt, verstärkte Rückzugs- und Abgrenzungstendenzen sowie die Tabuisierung negativ besetzter Themen. Das in den Medien vermittelte Bild wurde von den Bewohnern als »undifferenziert« empfunden, stigmatisierende Zuschreibungen entsprachen nicht dem inneren Erleben der Bewohner. Daraus erwuchs Sorge vor einer weiteren Berichterstattung mit Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation im Ort.
Vor diesem Hintergrund verlegte das Kulturbüro Sachsen 2002 einen Schwerpunkt seiner Arbeit in diese Gemeinde. Neben der Beratungsarbeit für die Gemeindeverwaltung erstellten die Berater und Beraterinnen für die 2004 gegründete örtliche Bürgerinitiative eine Sozialraumanalyse, die einerseits eine kritische Bewertung des Rechtsextremismus enthielt, andererseits aber auch Potenziale der Gemeinde aufzeigte. Auf der Basis dieser Studie wurde ein vom Kulturbüro Sachsen e.V. koordiniertes Dorfentwicklungsprojekt initiiert, das zwar vom Gemeinderat beschlossen, allerdings anfangs wenig mit getragen wurde.
Das führte in der Anlaufphase zu einer schwierigen Situation: Einerseits sollte ein ambitioniertes Dorfentwicklungsprojekt mit einer relativ kurzen Laufzeit von zwei Jahren durchgeführt werden, andererseits war die Bevölkerung und auch der Gemeinderat sehr zurückhaltend gegenüber Personen und Projekten, die von außen kommen. Ebenso erwies sich die klare Thematisierung von Rechtsextremismus als Hinderungsgrund bei der Verankerung unseres Dorfentwicklungsprojektes im Gemeinwesen. Hinzu kam, dass die Gemeindeverwaltung ein konkretes Ziel mit dem Dorfentwicklungsprojekt verband – nämlich die Eröffnung eines neuen Jugendclubs. Dadurch stand der bürgerorientiert und ergebnisoffen gedachte Prozess unter Ergebnis- und Erfolgsdruck[15]. Die Ausgangslage für die Gemeinwesenarbeit war damit brisant. Dazu kamen die allgemeinen Zugangsprobleme in kleine Kommunen aufgrund der spezifischen Mentalitätsstruktur.

Allerdings stand ein Teil der Bevölkerung, insbesondere aus dem Kreis der Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus, dem Projekt aufgeschlossen gegenüber. Das Projekt wurde über das Amtsblatt und im Gemeinderat als Dorfentwicklungsprojekt vorgestellt und nicht vorrangig mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus in Verbindung gebracht. Mit Beginn des Projektes gelang es, mit einigen der Themen und Aufgaben einen weiteren Projektträger als Partner in den Prozess einzubinden. So kam es zu einer Zusammenarbeit mit dem Caritasverband für Dresden e.V., dessen Arbeitsschwerpunkte in der Gestaltung einer lebendigen Ortspartnerschaft mit benachbarten Gemeinden in Polen und Tschechien sowie in der Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes in enger Kooperation mit dem Dorfentwicklungsprojekt des Kulturbüro Sachsen e.V. lagen.

Idealtypischer Ablauf des sozialräumlichen Zugangs zu den »Älteren«:
Eine weitere besondere Herausforderung für das Dorfentwicklungsprojekt bestand im Zugang zu Älteren in ihren jeweiligen Gelegenheitsstrukturen. Hier gab es konzeptionelle Vorarbeiten, die aber von Seiten Kulturbüro Sachsen e.V. noch in der Praxis erprobt werden mussten[16].

Gemeindeübergreifende (allgemeingültige) Zugangsmethoden:

A. Befragung von Schlüsselpersonen (inkl. Schneeballsystem)
- Leitfadeninterview mit Dokumentation zur Auswertung
- Aktivierung von Bürgern durch spezifische Fragestellung
- Identifikation von Problemen und soziokulturellen Ressourcen
- Auffinden weiterer Schlüsselpersonen und Akteure im Befragungsprozess

B. Externe Problem- und Ressourcenanalyse (durch Berater)
- akribische Interviewauswertung

Aktivierende Befragungen sind Interviews am Küchentisch der Bewohner: Diese Form der beteiligungsorientierten Datenerhebung lebt von Frageformen, die die eigenen Kompetenzen, Bedürfnisse und Engagementformen der Befragten eruieren. Die Interviews finden im Vier-Augen-Gespräch in möglichst privater Atmosphäre statt, sollen zum Ideenformulieren und selber Mitarbeiten anregen und richten sich vornehmlich an die informellen Meinungsbildner im Gemeinwesen, also Schlüsselpersonen aus allen Generationen, Ortsteilen, Milieus und identifizierten Schlüsselgruppen. Diese Form der Datenerhebung bietet sich als prozesshafte Analysetechnik an, um lokale Diskurse und Akteure zu identifizieren und soziokulturelle Projektideen mit der Chance auf größtmögliche Beteiligung zu entwickeln[17]. Erfahrungsgemäß erreicht man mit dieser Form insbesondere ältere Bewohner und Bewohnerinnen eines Gemeinwesens[18]. Aus dieser aktivierenden Befragung von Schlüsselpersonen im Gemeinwesen in persönlicher Form entstehen Anknüpfungspunkte für ortsbezogene Zugangsmethoden.

Ortsbezogene Zugangsmethoden:
Das Heimatbilderrätsel – Idee für einen Projekteinstieg besonders zur Aktivierung von »Älteren«

In Reinhardtsdorf-Schöna wurde für das Dorfentwicklungsprojekt eine projektorientierte ortsbezogene Zugangsmethode gewählt. Grund dafür war, dass die öffentliche Auswertung der aktivierenden Befragung zwangsläufig den Umgang mit Rechtsextremismus in der Gemeinde stark thematisiert hätte. Dieses Thema wurde aber zum Start des Dorfentwicklungsprojektes[19] vom Großteil der Bevölkerung nicht als zum Gemeinwesen gehörend akzeptiert. Aus den Interviews wurde deutlich, dass alle Befragten eine große Verbundenheit mit ihrer Gemeinde und ihrer Region haben, aber andererseits teilweise seit Jahren nicht in einem anderen Ortsteil waren. Diese beiden Erkenntnisse wurden zentral gestellt und über ein »Heimatbilderrätsel« miteinander zu einem thematischen und beteiligungsorientierten Gemeindezugang verbunden.

Ziele des »Heimatbilderrätsels« als ortsbezogenem Projekteinstieg

Gesucht war ein beteiligungsorientierter und wertschätzender Einstieg in die Gemeinde, der an die Tradition und Geschichte des Dorfes anknüpfte. Außerdem sollten in ersten Schritten die Ziele des Dorfentwicklungsprojektes befördert, Aufmerksamkeit erzielt und Kontakte hergestellt werden. Angestrebt wurden eine Anregung der Kommunikation in den Ortsteilen und eine mediale Berichterstattung jenseits der Negativschlagzeilen.

Durchführung

So entstand die Idee eines Heimatbilderrätsels, das in Zusammenarbeit mit der Sächsischen Zeitung durchgeführt wurde. An 21 Tagen veröffentlichte deren Lokalredaktion je ein Detailfoto, das in einem der drei Ortsteile aufgenommen worden war. Der Herkunftsort musste erraten und aufgesucht werden, um mittels dort angebrachter Buchstaben den Lösungssatz »Die Heimat von Weltbürgern und ich mittendrin« zu bilden. Die Einsender des richtigen Satzes konnten attraktive Preise gewinnen, zum Beispiel einer Reise in die polnische Partnergemeinde Walim, eine Besichtigung der Synagoge in Dresden, einen Theatergutschein, den Besuch einer Therme oder eine Kaffeeverkostung[20]. Im Vorfeld hatte die Projektmitarbeiterin die 21 zu fotografierenden Orte aufgesucht und das Einverständnis der Besitzer eingeholt. Auf diese Weise kam sie mit vielen Bürgern ins Gespräch und konnte diese nicht nur über das Bilderrätsel, sondern auch über den Sinn des Dorfentwicklungsprojekts informieren. Für das Heimatbilderrätsel wurde mit Plakaten und einem Artikel im

Amtsblatt geworben. Besonders wichtig war die Kooperation mit der Zeitung, die nicht nur täglich ein Detailfoto abdruckte, sondern auch Hintergrundinformationen vermittelte. Dies trug wesentlich zur Bekanntheit der Idee und des Dorfentwicklungsprojektes selbst bei. An der Preisverleihung, die im Rahmen eines Gospelkonzerts in der Reinhardtsdorfer Kirche stattfand, nahmen rund 150 Bürger und Bürgerinnen teil.

Ergebnisse

Mit diesem wertschätzenden Projekteinstieg konnten folgende Ergebnisse erzielt werden:

- Diskurshoheit: die Aktion war Ortsgespräch und erbrachte positive Öffentlichkeit für das Dorfentwicklungsprojekt; viele Menschen unterhielten sich zu diesem Thema;
- Neurahmung des Beratungsthemas: das Kulturbüro Sachsen e.V. und sein neues Gemeinwesenprojekt wurden mit einem anderen Zugangsthema als dem Umgang mit Demokratiedefiziten und der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bekannt;
- Aktivierung weiterer lokaler Partner und Partnerinnen: über die Organisation des Heimatbilderrätsels entstanden mehr generationsübergreifende Kontakte ins Gemeinwesen als über die alleinige Thematisierung des Problems Rechtsextremismus;
- bereits in der Bewohnerschaft virulente Projektideen/Themen aus den Experteninterviews konnten ins Gespräch gebracht werden;
- Initiierung projektorientierter, konstruktiver Kommunikation: Menschen waren in Ortsteilen unterwegs, wo sie schon lange nicht waren, es entstanden neue Kontakte.

Reflexion

Der in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna gewählte Projekteinstieg zielte zunächst auf die Verankerung eines Projekts, dessen eigentliche Intention durch die schwierige Ausgangssituation überlagert war. Die Auseinandersetzungen um rechtsextreme Strukturen hatten bei den Bewohnern einen Abwehrreflex gegen Menschen und Projekte erzeugt, die von außen auf das Dorf einzuwirken versuchten. Mit dem Rätsel schien es gelungen, solche Vorbehalte zu entschärfen. Die Projektmitarbeiterin konnte sich bereits in der Vorbereitungsphase des Rätsels mit den Menschen im Dorf bekannt machen. Bei der gut besuchten Abschlussveranstaltung konnte für die Ziele und Inhalte ihres Projekts geworben werden. Zwar rieten weniger Teilnehmer mit als erwartet, doch das Rätsel sorgte über die eigentliche Teilnehmerzahl hinaus für Gesprächsstoff im Ort.

Doch dieser Ansatz hat Grenzen. Über ein Heimatbilderrätsel lassen sich nur bedingt Inhalte vermitteln. Die Gefahr der inhaltlichen Überfrachtung bestand etwa bei der Wahl des Lösungssatzes und bei der Auswahl der Preise. Sich bei den Preisen ausschließlich auf einen Synagogenbesuch oder Bücher zum Thema Rechtsextremismus zu beschränken, hätte angesichts der schwierigen Ausgangslage als ideologische Einwirkung missverstanden werden können. Außerdem ist der Aufwand an Zeit und Ressourcen relativ hoch. Trotzdem ist es ein interessanter Ansatz, der auch unter schwierigen Umständen einen positiven Einstieg in die Projektarbeit eröffnen kann. Diese – hier beispielhaft erprobte – Methode eines sozialraumbezogenen Zugangs ist für die »Älteren« besonders gut geeignet. Die teilnehmende Gruppe war altersgemischt und kam aus der Gruppe der sozialräumlichen Gelegenheitsstrukturen.

Weitere Möglichkeiten des ortbezogenen Zugangs:

C. Auswertung der Befragungsergebnisse in der Öffentlichkeit oder projektorientierter Zugang
   - Transparenz des Vorgehens
   - Präsentation des Ergebnisses/Meilensteins des Befragungsprozesse
   - Vorstellung von Handlungs- und Projektideen durch externe Berater

Die gemeindeübergreifenden (allgemeinen) Zugangsmethoden werden durch die Herstellung von Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Befragung zu einer ortsbezogenen Zugangsmethode. Eine – wenn auch kleine - öffentliche Auswertung der Interviews hätte möglicherweise dazu beigetragen, Wertschätzung an die Interviewpartner und -partnerinnen zurückzugeben und damit einen noch breiteren Zugang in die Gemeinde in der ersten Phase der ortsbezogenen Strategien zu erreichen.

D. Zukunftswerkstatt
- Möglichst viele Bürger in Entwicklungsprozesse einbinden
- Bürger bestimmen ihre Bedarfe und drängendsten Themen selber
- Identifikation von wenigen Leitthemen
- Handlungsauftrag und Legitimation durch Politik und Verwaltung

Nach der Befragung von Schlüsselpersonen mit Leitfadeninterviews und dem Heimatbilderrätsel fand eine Zukunftswerkstatt statt, um Projektideen zu qualifizieren, Schwerpunkte der Dorfentwicklung zu identifizieren und die nächsten Schritte zu gestalten. Hier nahmen rund 30 Bürger und Bürgerinnen teil. Am Ende der Eintagesveranstaltung ergaben sich als Schwerpunkte der Arbeit die Themen Ortsgestaltung, Tourismus und Jugendarbeit, zu denen sich drei Arbeitsgruppen organisierten.

E. Bildung von Arbeitsgruppen und Projektarbeit in Hand der jeweiligen AG
- Ausdifferenzierung der drängendsten Themen
- Erarbeitung von Leit-, Mittler- und Handlungszielen
- Erarbeitung einer Projektidee
- Beschreibung der Projektidee in einem verbindlichen Projektexposé

Arbeitsergebnisse im Dorfentwicklungsprojekt, die vornehmlich von älteren Bürgern erzielt wurden, und die dafür genutzten Gelegenheitsstrukturen

- Neukonzeption des Tourismuskonzeptes und Ortsverschönerung von Reinhardtsdorf-Schöna und diverse Einzelprojekte (Neuerstellung der Tourismusbroschüre, Überarbeitung Homepage, Themenwanderwege definieren und anlegen, Lapidarium, Kneipp-Becken, Renaturierung Schiffelbach); (sozialräumliche Gelegenheitsstrukturen (Alteingesessene, wollen Schönheit des Ortes erhalten), berufliche und themenbezogene Gelegenheitsstrukturen (Zimmervermieter, wollen ihren Ort für Touristen attraktiv machen))
- kulturelle Bildungsarbeit durch Bürgerinitiative und Heimatverein Schöna (Leitbild: »Die Heimat des Weltbürgers und ich mittendrin«, diverse Abendveranstaltungen/-Events); (rollenbezogene Gelegenheitsstrukturen (selbstermächtigte Bürger))
- kommunalpolitische Arbeit der Bürgerinitiative (Rollenbezogene Gelegenheitsstrukturen (Gemeinderäte, selbstermächtigte Bürger) (Kandidaten und Kandidatinnen für Gemeinderatswahlen aufbauen)
- Neukonzeption der lokalen Jugendarbeit: Aufbau einer Jugendinitiative und Etablierung neuer Räumlichkeiten für eine lokale Jugendarbeit unter demokratischem Leitbild, welches sich in der Hausordnung des Jugendclubs wiederfindet und ortsbezogene Einzelprojekte (Reinhardtsdorf-Schöna: Mobile Betreuung, internationales Jugendzentrum/Öffnung des Naturfreundehauses) (themenbezogene und zivilgesellschaftliche Gelegenheitsstrukturen)
- Kooperationen und Netzwerkarbeit, d.h. Begegnung und Kooperation von Menschen, die sonst innerhalb des Gemeinwesens nicht im Kontakt sind; (Zivilgesellschaftliche Gelegenheitsstrukturen)

Kerngedanken zu Zugangsmethoden und Konzepten in der Arbeit mit »Älteren«:

- »Ältere« sind nur ansprechbar in ihren jeweiligen Gelegenheitsstrukturen;
- der Zugang ergibt sich aus konkreten Themen und Projekten vor Ort;
- orts- und lebensweltbezogene Themen sind auch der Zugang zu politischen Diskursen;
- alle Phasen des idealtypischen Prozesses müssen durchlaufen werden;
- kontinuierliche Darstellung der Prozesstransparenz für alle Bürgerinnen und Bürger;
- aus einer Problemsituation im Dorf allein entsteht keine Handlungsmacht – die Prozessimplementierung durch Externe und die dauerhafte Begleitung sind Eckpunkte für das Gelingen;

Der beschriebene idealtypische Ablauf des sozialräumlichen Zugangs zu den »Älteren« zielt auf aktive Wiedergewinnungsprozesse gesellschaftlicher Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Erfahrung, durch eigenes Handeln Veränderungen im Gemeinwesen zu bewirken, ist auch für die »Älteren« zentral und kann mit den dargestellten Zugängen erreicht werden. Das Ziel ist die Vitalisierung demokratischer Grundwerte. So kann rechtsextremen und menschenfeindlichen Ideologien besser begegnet und die Tradierung menschenfeindlicher Einstellungen unterbrochen werden. Demokratie wird in unseren Beratungskontexten als Lebens- und Gesellschaftsform, nicht als bloße institutionelle Rahmung unserer Gesellschaft verstanden. Durch Prozessimpulse und –begleitung[21] von außen wird die – in Sonntagsreden immer wieder geforderte – Zivilcourage gestärkt und ermöglicht, können engagierte Demokraten Angst und Schweigen überwinden.
Daher arbeiten wir bei Zugängen in das Gemeinwesen mit (sozio-)kulturellen Methoden[22] wie Theater, Lesungen, Heimatbilderrätseln und Methoden der aktivierenden Gemeinwesenarbeit wie aktivierende Befragung, Zukunftswerkstatt und Projektarbeit. All dies sind Projektformen, die auf Beteiligung und gleichberechtigte Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern zielen und Diskurse im Gemeinwesen über virulente Themen initiieren sollen. Damit haben wir in den vergangenen 7 Jahren Mobiler Beratung sehr gute Erfahrungen gemacht. Dieser Ansatz ist eine Erfolg versprechende Möglichkeit, generationsübergreifend die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und damit das Schweigen, das Ignorieren und das Verdrängen von Demokratiedefiziten und rechtsextremen Problemlagen wirksam zu unterbrechen und ein Stadt- bzw. Dorfgespräch über demokratische Standards zu initiieren.

Reflexion des Dorfentwicklungsprojektes

Das zweijährige Modellprojekt zur Dorfentwicklung in zwei ausgewählten Kommunen im Landkreis Sächsische Schweiz[23] war ein dynamischer, facettenreicher, sehr anspruchsvoller und – für den vergleichsweise kurzen Projektzeitraum und die darin vorhandenen personellen Ressourcen – ein äußerst erfolgreicher Prozess. Die Realisierung zeitintensiver und komplexer Themen[24] innerhalb eines Jahres pro Gemeinde unter Berücksichtigung der jeweils spezifischen Bedingungen vor Ort ist nur bedingt realistisch. Projekte diesen Formates unterliegen vorher nicht kalkulierbaren Dynamiken und müssen über einen Bewegungsspielraum bei der Umsetzung in die Praxis verfügen – zwei Jahre pro Gemeinwesen wären sinnvoll.

Dem Prozess in Reinhardtsdorf-Schöna förderlich war der Bürgermeisterwechsel mit der nachfolgenden Aufbruchstimmung im Mai 2006. Doch trotz deutlich verbesserter Bedingungen seit dem Amtsantritt bestanden im Gemeinwesen anhaltend Ressentiments gegenüber dem Projekt. Im Spannungsfeld, die Ansprüche der Menschen vor Ort, der Öffentlichkeit und der Auftraggeber zu erfüllen, kommt es zu Druck auf das Projekt, was zum Scheitern führen kann. Supervisionen und Coaching[25] boten hier regelmäßige Reflexionsmöglichkeiten für handlungspraktische Probleme. Auswertende Sitzungen sicherten die Erkenntnisse.

Durch die oben beschriebenen Zugangsmethoden kann es in besonderer Weise gelingen, »Ältere« in Dorfentwicklungsprozesse einzubeziehen, die – wie in Reinhardtsdorf-Schöna – den überwiegenden Teil der Bevölkerung ausmachen. Durch die Ansprache der »Älteren« in ihren jeweiligen Gelegenheitsstrukturen (etwa in der Bürgerinitiative, im Heimatverein, beim Tourismusstammtisch, etc.) erhalten diese die Möglichkeit sich zu äußeren, ihre Vorstellungen zur Gestaltung des Gemeinwesens zu artikulieren und wechseln somit von der Rolle der Schweigenden in die Rolle der aktiv Gestaltenden. Dadurch kommt ihnen auch eine neue Rolle als Diskursträger innerhalb der Gemeinde zu. Auch wenn hier der Zugang über Themen der partizipativen Gemeindegestaltung entstand, so ist die Erfahrung der Teilhabe an Entscheidungen und der Mitgestaltung ein erster Schritt. Gestärkte Erfahrungen an demokratischer Teilhabe sind eine wesentliche Vorrausetzung, um demokratiegefährdenden Potentialen rechtsextremer Weltbilder zu begegnen.

Der hier dargestellte Prozess kann als ortsbezogene Strategie zur Wirksamkeitsunterbrechung menschenfeindlicher Reproduktionsprozesse gelesen werden. Unsere Erfahrung zeigt, dass diese Wirksamkeitsunterbrechungen immer ortbezogen etabliert werden müssen und dass die Zugänge zu den »Älteren« ein wesentlicher Beitrag sind zur Unterbrechung der Schweigespirale.

Wenn es gelingt, die Älteren an ortsbezogenen Demokratisierungsprozessen zu beteiligen und sie damit für diese Prozesse zurück zu gewinnen, treten Sie aus dem Schweigen heraus und werden öffentlich wahrnehmbar. Dieser Prozess kann durch politische Sonntagsreden verstärkt, aber niemals initiiert werden, denn: Aktives Handeln entsteht im Nah-Raum, nicht im Fern-Sehen.

Ausblick: Die Mobile Beratung geht weiter – Perspektiven für die Bürgerinitiative »Demokratie anstiften«

Weil Wirkungsunterbrechungen menschenfeindlicher Reproduktionsprozesse nur alltagspraktisch erarbeitet werden können und dies praktisch handelnde, sich der Konfrontation aussetzende Menschen braucht, unterstützt das MBT des Kulturbüros Sachsen e.V. solche Akteure im Gemeinwesen, denen Demokratisierung, Solidarität mit Opfern rassistischer Gewalt und konstruktiv-kritische Veränderung gesellschaftlicher Wirklichkeit ein Anliegen sind. In der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna ist dies besonders die Bürgerinitiative »Demokratie anstiften«. Ziel der Beratung ist es, mit der Stärkung dieser Initiativgruppe Sensibilität für das Thema Rechtsextremismus unter den Bürger und Bürgerinnen allgemein herzustellen und mit aktiven Bürgern vor Ort partizipative Strategien gegen Rechtsextremismus im Ort zu entwickeln, um letztendlich die demokratischen Kräfte im Ort zu stärken. Die Begleitung und Beratung der Bürgerinitiative beinhalten unter anderem die Unterstützung bei Veranstaltungen, die inhaltliche Ausgestaltung des Volkstrauertages, Auseinandersetzung zu Zielen und Selbstverständnis der Bürgerinitiative, Stärkung der Akzeptanz der Bürgerinitiative im Gemeinwesen, Suche nach Kooperationspartnern im Ort, Lobbyarbeit für die Bürgerinitiative im Landkreis und Vermittlung von Partnern.
Eine zentrale Stellung für die Beratung und die Etablierung eines Veränderungsprozesses im Ort hat die Frage nach Bekanntheit und Akzeptanz der Bürgerinitiative. In einem vom MBT moderierten Workshop entwickelten die Teilnehmer aus dem Selbstverständnis der Bürgerinitiative Überlegungen zu konkreten Aktivitäten, benötigten Partnern und eigenen Ressourcen. Als zentrale Aufgabenstellungen wurden festgehalten und zum Teil bereits umgesetzt:

- Regelmäßiger Kontakt mit dem Bürgermeister und Unterstützung seines demokratischen Engagements
- Kontakt zu den im Ort fest verankerten Vereinen wie Sportgemeinschaft, Karnevalsclub, Chorgemeinschaft, Heimatverein und Freiwillige Feuerwehr über die Vereinsvorsitzenden bzw. den Wehrleiter
- Weitere Aufklärungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus, dabei insbesondere die »älteren« Bewohner und Bewohnerinnen im Blick haben
- Unterstützung der Neueröffnung des Jugendclubs (erlebnispädagogische Angebote, finanzielle Hilfe)
- Öffentlichkeitsarbeit etwa über eine eigene Internetseite, die über die Seite der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna www.reinhardtsdorf-schoena.de erreichbar ist
- Suche nach Kandidaten für den Gemeinderat für die Kommunalwahlen im Jahr 2009

Der Weg zu mehr Akzeptanz und Öffentlichkeit der Bürgerinitiative kann nur über die Nutzung der im Dorf etablierten Strukturen und Kommunikationswege erfolgen, dem tragen die neue Positionsbestimmung der Initiative und die geplanten Aktivitäten Rechnung. Der vom Kulturbüro Sachsen e.V. in den letzten zwei Jahren verfolgte zweigeteilte Beratungsansatz, Dorfentwicklungsprojekt und Beratung der Bürgerinitiative sowie des Bürgermeisters durch unterschiedliche Personen, hat die demokratischen Akteure aus der Rolle des Reagierens auf NPD-Aktivitäten in die Rolle des selbstbestimmten Agierens gebracht. Es geben nicht mehr die NPD und die rechtsextreme Kameradschaftsszene das Tempo vor. Das Tempo und die Themen bestimmen im Augenblick die demokratisch gesinnten Menschen des Ortes und die NPD reagiert. Ob das auch in Zukunft so bleibt, entscheiden die Menschen im Ort durch ihr Engagement.

Anmerkungen

Andreas Zick: Wegsehen, dulden, normalisieren

1 Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln 2005
2 Vgl. Berichte auf www.mut-gegen-rechte-gewalt.de
3 Stichs, Anja (2006): Expertise Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002 – 2005). Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.
4 Vgl. auch Babka von Gostomski, Christian, Küpper, Beate & Heitmeyer, Wilhelm (2007). Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern: Die schwierige Lage in Ostdeutschland. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5 (S. 102-128). Frankfurt am Main 2007
5 Vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt am Main 2008
6 Zick, Andreas & Küpper, Beate: Politische Mitte. Normal feindselig. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 115-134). Frankfurt am Main 2006
7 Heitmeyer, Wilhelm: Unthematisierte Reproduktionsprozesse: Zur Selbststabilisierung eines feindseligen Klimas. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5 (S. 281-294). Frankfurt am Main 2007

Bianca Richter: Rechter Alltag – Ein Bericht über die »deutschen Zustände« in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel

8 Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt am Main 2007
9 Skinheads Sächsische Schweiz/Aufbauorganisation Oberes Elbtal
10 Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln 2005
11 Bringt, Friedemann: Wir leben dort, wo andere Urlaub machen. Auswertung von Experteninterviews zu Ressourcen und Problemen der Demokratieentwicklung in Reinhardtsdorf-Schöna. Dresden 2005

Kulturbüro Sachsen: Was tun? Demokratieentwicklung am Beispiel Reinhardtsdorf-Schöna

12 Das Kulturbüro Sachsen e.V. ist seit 7 Jahren Träger der Mobilen Beratungsteams in Sachsen. Die Teams beraten Kommunen, schwerpunktmäßig im ländlichen Raum, zu Fragen von Demokratiestärkung und zivilgesellschaftlicher Arbeit gegen Rechtsextremismus. Mit den Mobilen Beratungsteams und anderen Projektbereichen entwickeln die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kulturbüro Sachsen e.V. gemeinsam mit Kommunalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ortsbezogene Strategien zur Zurückdrängung rechtsextremer Hegemonie. Der vorliegende Artikel beruht auf mehrjährigen Beratungs- und Prozesserfahrungen in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna und des kürzlich vorgelegten Abschlussberichtes zum hier dargestellten Dorfentwicklungsprojekt »Das ist unsere Scholle. Chancen und Grenzen soziokultureller Dorfentwicklungsprojekte« (Download unter: www.kulturbuero-sachsen.de)
13 Vgl.: Why Ideas Matter. Die Rolle von Ideen und intellektuellen Diskursen in der Politik. China, Japan, Malaysia, Vietnam, http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/-Publikationen/in-dex.html
14 Das MBT des Kulturbüro Sachsen e.V. ist in dieser Kommune seit Sommer 2002 tätig.
15 Hinzu kam auch, dass mehrere Interessengruppen im Zeitraum von 2004-2006 verstärkt das Gespräch mit den Menschen vor Ort suchten, z. B. Studienprojekt des Institutes für Europäischen Ethnologie der Humboldtuniversität Berlin, Situationsanalyse

des Kulturbüro Sachsen e.V., regionale und überregionale Presse, Recherchearbeiten für ein Civitas –Projekt, und diese von den teils medialen Wiedergaben verschreckt oder verärgert waren, weil die erfragten Meinungen zum Teil verkürzt oder verfälscht wiedergegeben wurden.

16 Die MBTs des Kulturbüro Sachsen e.V. wurden in den Jahren 2002 – 05 vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld extern evaluiert. Die 7-jährige Praxiserfahrung der MBTs des Kulturbüro Sachsen e.V. zeigt, dass jeder konkrete Beratungsprozess von der idealtypischen Linie abweicht. Es ist jedoch wichtig, diese Abweichungen möglichst gering zu halten.

17 Zur Methodik narrativer Experteninterviews und Sozialraumanalysen vgl.: Kulturbüro Sachsen e.V. (2005): »Wir leben dort, wo andere Urlaub machen. Auswertung von Experteninterviews zu Ressourcen und Problemen der Demokratieentwicklung in Reinhardtsdorf-Schöna«, download über www.kulturbuero-sachsen.de und MBR Berlin/-Kulturbüro Sachsen e.V.: (2004): »Mobile Beratung für Demokratieentwicklung. Grundlagen - Analysen – Beispiele«

18 Sollen eher junge Menschen für ein Gemeinwesenprojekt aktiviert werden, empfiehlt es sich, mit aktionsorientierteren, projekthaften Analysemethoden zu arbeiten, etwa ein Fotostreifzug mit anschließender Ausstellung der Projektergebnisse. Zur Methodik jugendgemäßer, projektorientierter Sozialraumanalysetechniken vgl. Kulturbüro Sachsen e.V. (2003): Methodenkoffer »Beteiligung animieren«

19 Das Dorfentwicklungsprojekt des Kulturbüro Sachsen e.V. wurde aus der MBT-Arbeit in Reinhardtsdorf-Schöna heraus entwickelt. Es verfügt über anteilige Personalressourcen für 2 Jahre speziell für diese Gemeinde. Der Übergang von MBT- zu Gemeinwesenarbeit war notwendig, um die Zugänge in das Gemeinwesen zu verbreitern. MBT- und Gemeinwesenarbeit arbeiten beide mit unterschiedlichen Aufgabenprofilen in der Gemeinde. Der MBT-Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Der Gemeinwesenarbeitsprozess wird in Kürze abgeschlossen. Näheres dazu in der Abschlussdokumentation und der Übertragbarkeitsexpertise unter www.kulturbuero-sachsen.de/leader.php4?n=2

20 Dies war möglich Dank freundlicher Unterstützung von HATiKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e.V., Staatsschauspiel Dresden, Toskana-Therme Bad Schandau, Claudia Greifenhahn vom aha-Ladencafé Dresden, Herrn Ziegler und Herrn Henkenjohann von der Restauration »Altes Zeughaus« und dem Kulturbüro Sachsen e.V.

21 Zum Beispiel durch Beratungs- und Gemeinwesenarbeitsprozesse des Kulturbüro Sachsen e.V.

22 Soziokultur wird von uns einerseits sozialstrukturell - bezugnehmend auf Bourdieu - als intergenerationeller Prozess der Identitätsbildung (Habitus) auf Grundlage differenzierter ökonomischer, sozialer, kultureller und symbolischer Ressourcen (Kapital) verstanden. Andererseits bezeichnet unser Soziokulturbegriff – bezugnehmend auf die Theoretiker der soziokulturellen Szene Sievers/Wagner – einen kulturpolitischen Prozess, dessen Kern der sich entfaltende Partizipations- und Gestaltungswille der Menschen in ihrer Lebenswelt bildet und in dem Kultur wieder in den Erfahrungszusammenhang mit gesellschaftlicher Alltagswirklichkeit gebracht wird, Kultur also eine mit allen Sinnen wahrnehmbare gesellschaftskritische und Perspektiven aufzeichnende Funktion einnimmt (etwa Kunst und Theater mit sinnlicher Bildungsfunktionen für Erfahrungslernen).

23 Neben Reinhardtsdorf-Schöna wurde auch die Gemeinde Bahretal evaluiert und hier ein Dorfentwicklungsprozess gestartet, der an dieser Stelle jedoch aus inhaltlichen Gründen vernachlässigt wird.

24 Zugang in die dörfliche Gemeinschaft finden, vertrauensvolle Beziehungen aufbauen, umfangreiche Situationsanalysen erarbeiten, Recherchearbeiten und Milieustudien durchführen, Initiierung von Prozessen, Aufbau nachhaltiger, Partizipation fördernder Strukturen, Begleitung von Projektideen bis zur Umsetzung, Anfertigen von Übertragbarkeitsstudien, Projektdokumentationen und Dorfporträts.

25 Das Projektcoaching wurde von Prof. Günther Robert von der Arbeitsstelle Praxisberatung, Forschung und Entwicklung (APFE) der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit Dresden (FH) durchgeführt

Das Engagement der Amadeu Antonio Stiftung

Seit ihrer Gründung 1998 ist das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür unterstützt sie lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und Opferhilfe, alternative Jugendkultur und kommunale Netzwerke. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, ihre Eigeninitiative vor Ort zu stärken und sie zu vernetzen. Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt nach dem Fall der Mauer.
Die Amadeu Antonio Stiftung wird von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen.

Weitere Informationen können unter der folgenden Adresse erfragt werden:

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin
Telefon 030. 240 886 10
Fax 030. 240 886 22
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung: Sebastian Brux, Holger Kulick, Berit Lusebrink, Andres Nader, Heike Radvan, Simone Rafael, Timo Reinfrank, Ida Schildhauer, Jan Schwab, Anne-Rose Wergin und Nihal Yildiran, sind per Mail zu erreichen:
vorname.nachname@amadeu-antonio-stiftung.de

Bankverbindung der Amadeu Antonio Stiftung:
Deutsche Bank Bensheim, BLZ 509 700 04, Konto-Nr. 030 331 300
Internationale Bankverbindung:
Deutsche Bank Bensheim, Account number 030 331 300
BIC: DEUTDEFF 509, IBAN: DE 91 509 700 04

Oder spenden Sie online:
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Die Broschüre »Ein rechter Alltag – Ein Bericht über die »deutschen Zustände« in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel« wurde von der Freudenberg Stiftung gefördert.

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
Redaktion: Anetta Kahane, Simone Rafael
Umschlagfoto: Kulturbüro Sachsen e.V.
Gestaltung: Design, Berlin
Druck: Ratzlow Druck Berlin

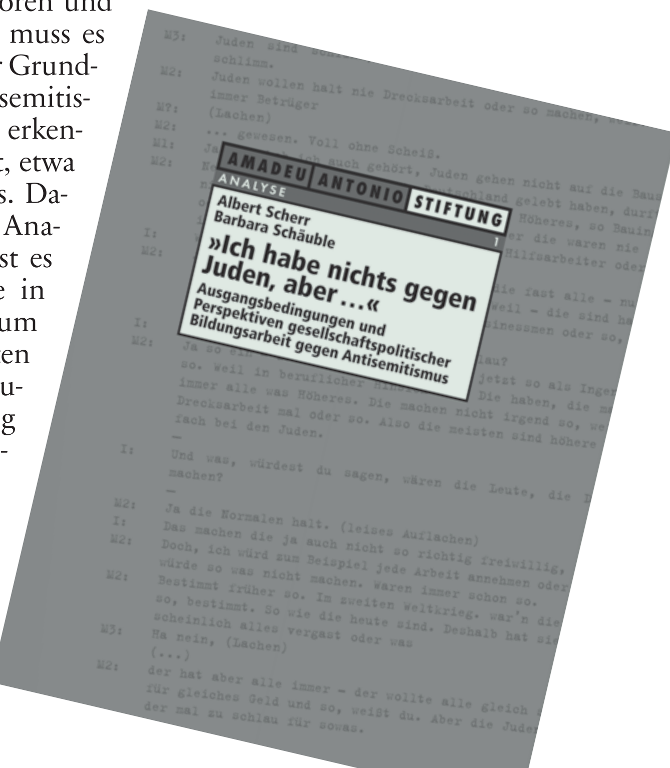
Analyse 1:
Albert Scherr, Barbara Schäuble: »Ich habe nichts gegen Juden, aber ...«
Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus

Im Herbst 2007 begann die Amadeu Antonio Stiftung in Zusammenarbeit mit der Freudenberg Stiftung eine neue Publikationsreihe. Unter dem Titel »Analysen« werden in lockerer Folge Untersuchungen zu den Themen Antisemitismus, Rechtsextremismus und weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit veröffentlicht, die aus der Praxis heraus entstanden oder für sie gedacht sind.

»Ich habe nichts gegen Juden, aber ...«
Den Anfang der Reihe macht die Broschüre »›Ich habe nichts gegen Juden, aber …‹ Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus« von Professor Albert Scherr und Barbara Schäuble. Diese Analyse, die auf Barbara Schäubles Dissertationsprojekt fußt, beschäftigt sich mit einer bisher wenig beachteten Frage: Wie können Mitarbeiter der Bildungsarbeit auf Antisemitismus bei Jugendlichen reagieren, die sich selbst als nicht antisemitisch verstehen?

Antisemitismus ist selbst bei denen verbreitet, die ihn ablehnen
Denn dies ist ein Ergebnis der Forschungen von Scherr und Schäuble: Viele antisemitische Ressentiments und Stereotype sind so weit verbreitet, dass sie selbst von Jugendlichen weiter getragen werden, die keine Antisemiten sein wollen. Wenn Pädagogen diesen allerdings einfach aufzeigen, dass sie sich doch antisemitisch äußern, fühlen sich die Jugendlichen in ihrer nicht-antisemitischen Glaubwürdigkeit angegriffen und sind nicht mehr offen für die wirkliche Problembehandlung.

Was pädagogische Arbeit tun kann
Deshalb lautet die Schlussfolgerung des Autoren und der Autorin: Ziel der pädagogischen Arbeit muss es sein, die Jugendlichen mit anti-antisemitscher Grundhaltung zu befähigen, sich fundiert mit Antisemitismus auseinander zu setzen und ihn auch zu erkennen, wenn er in modernem Gewand auftritt, etwa bei Thematisierungen des Nahost-Konfliktes. Dabei, so stellen Scherr und Schäuble nach der Analyse lebendiger Gruppeninterviews heraus, ist es besonders wichtig, die genaue Problemlage in der jeweiligen Jugendgruppe zu analysieren, um passgenaue Konzepte zu entwickeln. Im zweiten Teil der Broschüre geht es um mögliche Bausteine solcher Konzepte: Weil es noch wenig gezielte Arbeit gegen Antisemitismus gibt, betrachten der Autor und die Autorin, welche Teile der Diversity-, Social Justice- oder Menschenrechtspädagogik für das Thema funktionieren, ob sozialpädagogische Gruppenarbeit für ideologisch argumentierende Gruppen geeignet ist und welche weiteren Themen bei der Auseinandersetzung mit Antisemitismus zu bearbeiten sind.



Mehr Informationen
Die Broschüre ist gegen eine Gebühr von 5 Euro
bei der Amadeu Antonio Stiftung in Berlin erhältlich.